

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 113 · 9. JAHRGANG · AUSGABE 6/2004 · VOM 28. MAI 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | Akteneinsicht beim
Zweckverband Flugplatz
Die Arroganz der Subalternen

7-10 | Die Kriegswaffenschau
der Bundeswehr
Eine Sonderveröffentlichung der BBP

12 | Im Amtsblatt zensiert –
in der Bürgerpost plaziert
Infos des Finower Ortsbürgermeisters

Schön in der Schlange anstellen!

Nein, bei der diesjährigen Waffenschau war das Schlangestehen nicht mal an den Toiletten nötig. Das Dargebot an Kriegswaffen muß im Vergleich zur Werbeschau des Heeres vor vier Jahren geradezu bescheiden genannt werden. Neben dem abgewrackten Tornado-Bomber, der mit Beton gefüllten Patriot-Abschußrampe und der Hülle einer Stinger-Ein-Mann-Fla-Rakete bot man einen Sanitäts-hubschrauber, einen Kran und ein Feuerlöschfahrzeug auf. Weil die modernen Kriegswaffen der Luftwaffe nur bedingt in einer rummelähnlichen Show darstellbar sind, ließen sich die schauverwöhnten Eberswalder nur begrenzt anlocken.

Vielleicht aber liegt die Ursache für die geringere Publikumsresonanz auch darin, daß die von Bürgermeister Reinhard Schulz herbeigewünschte »große Mehrheit«, die angeblich solche Kriegswaffenschauen befürwortet, in Eberswalde in der Realität nicht vorhanden ist. Ja klar, der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung wurde mehrheitlich abgelehnt. Aber diese Mehrheit von 17 gegen 13 Stimmen repräsentiert letztlich nur 46 Prozent der stimmberechtigten Stadtverordneten (einschließlich Bürgermeister). Und selbst von jenen, die sich gegen die beantragte Absage der Waffenschau aussprachen, argumentierten einige gegen die Waffenschau. Sie wollten die Schau dafür nutzen, mit den Besuchern über den Sinn bzw. Unsinn dieser Waffen zu diskutieren. Viele Waffenschaugegner mögen eine solche Haltung für inkonsequent halten. Vielleicht zurecht. Das rechtfertigt jedoch noch lange nicht die praktizierte Vereinnahmung dieser Stimmen durch den Bürgermeister.

Der steht derweil vor einem Höhepunkt in seinem politischen Leben. Am ersten Juniwochenende werden ihm, sofern die Organisationsplanungen des Festumzuges hinlänglich, Tausende huldigen. Zwar kann er nichts dafür, daß Eberswalde gerade während seiner Amtszeit das 750. Jubiläum feiert, aber er weiß es gut für seine Selbstdarstellung zu nutzen. Seine Verantwortung für die katastrophale Finanzsituation der Stadt ist dadurch momentan kein Thema.

Aber wer zuviel feiert, wird irgendwann mit einem zünftigen Kater aufwachen.

GERD MARKMANN



Altlasten auf dem Flugplatz Finow

Als nächstes muß Altholzkompost entsorgt werden

Finow (bbp). Ende Januar entkräftete Geschäftsführer Reinhard Otto vom Flugplatzbetreiber WVZ die in unserer Dezemberausgabe geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der beträchtlichen Altholzmengen, die auf dem Flugplatzgelände lagern. »Die Entsorgung wird gemäß Vertrag bis Ende Mai 2004 abgeschlossen sein«, erklärte Otto (BBP 2/2004).

Zehn Tage vor ultimo erreichten die BBP-Redaktion Informationen, wonach noch beträchtliche Mengen des Altholzes auf ihren Abtransport warten. Die WVZ geht weiterhin davon aus, sagte Reinhard Otto auf Nachfrage der »Barnimer Bürgerpost«, daß das Entsorgungsunternehmen entsprechend des Vertrages das Altholz bis Ende Mai vollständig abtransportieren werde. Bis auf einige Bahnschwellen, die gesondert entsorgt werden, ist das Altholz vollständig geschreddert und auch schon zu 90 Prozent abgefahren worden. Am 25. Mai (nach Redaktionsschluß) werde der Stand der Entsorgung auf einem Vororttermin mit

der unteren Abfallbehörde, der Brandenburgischen Bodengesellschaft und dem Entsorgungsunternehmen erörtert.

Neben den reinen Altholzmengen lagern auf dem Flugplatzgelände noch mehrere tausend Kubikmeter Altholz-Erde-Gemisch. Nach den Plänen des ursprünglichen Besitzers sollte unter Hinzufügung von industriellen Klärschlämmen Kompost entstehen, der als hochwertiger Boden für die Gründflächengestaltung vermarktet werden sollte. Jedoch ist auch hier erkennbar, daß geschreddertes Altholz oberer Kontaminierungsstufen untergemengt ist. Wegen der fortgeschrittenen Kompostierungsprozesse und der Erdbeimengungen kommt hier eine thermische Verwertung nicht in Frage. Wie Reinhard Otto mitteilte, soll auch dies bei dem Vororttermin thematisiert werden. Er geht davon aus, daß zunächst mittels Bodenproben der Belastungsgrad des Altholzkompostes ermittelt werden muß. Auf dieser Grundlage könne dann über die angemessene Entsorgung entschieden werden.

Meinungspluralismus

Wir leben in einer von antagonistischen Widersprüchen geprägten Gesellschaft. Dabei wird der kapitalistische Grundwiderpruch, von dem wir früher in den Lehrbüchern lasen, in der gesellschaftlichen Realität des bundesrepublikanischen Spätkapitalismus durch zahlreiche andere, hochgradig differenzierte Widersprüche überlagert, gebrochen, teilweise verstärkt oder auch geglättet. Ausdruck dieses Widerspruchsgemenges ist in einer halbwegs demokratisch organisierten Gesellschaft wie der hiesigen, ein ebenso hochgradig differenzierter Meinungspluralismus.

Dieser Meinungspluralismus, der im Ideal bürgerlicher Demokratievorstellungen neben Parlament, Regierung und Gerichtswesen zur »Vierten Gewalt« heranwächst, stößt in der realen Welt allerdings schnell an die Grenzen der warenproduzierenden ökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft. Die Medien als Kommunikationsmittel des Meinungspluralismus sind im wesentlichen selbst nur Mittel für kapitalistische Wertproduktion. Meinungen werden zu Produkten, die auf einem Meinungsmarkt verkauft werden müssen, um ihren Wert zu realisieren. Als Folge dieser Organisation der »Vierten Gewalt« entstehen auch bei den Medien Monopolstrukturen, die schließlich die bürgerlichen Idealvorstellungen von Presse- und Meinungsfreiheit ad absurdum führen.

Kommunalaufsicht mit Zensurvorwurf befaßt

Eberswalde (bbp). Am 22. April beschloß die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung bei nur einer Gegenstimme eine neue Hauptsatzung, die in ihrem Paragraphen 19 vorsieht, daß der Inhalt von Beiträgen der Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister im Amtsblatt vom StVV-Vorsitzenden bestimmt werden (BBP 5/2004, »Zensur im Eberswalder Amtsblatt«).

»Nach meinem Rechtsverständnis«, schrieb daraufhin der Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller an die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim, »stellt die Festlegung, daß der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung über den Inhalt einer Veröffentlichung eines Ortsbeirates oder Ortsbürgermeisters entscheidet, eine unzulässige Zensur dar.« Bereits am 30. April teilte die Kommunalaufsicht der Stadtverwaltung ihre Rechtsauffassung mit und bat um Stellungnahme bis zum 10. Mai. Möglicherweise wegen der Überlastung der Stadtverwaltung durch die Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier kam dieser Brief erst am 17. Mai zur Prüfung des Sachverhaltes beim Rechtsamt der Stadt an, das sich daraufhin von der Kommunalaufsicht eine Terminverlängerung geben ließ. Über das Ergebnis der Prüfung lagen zum Redaktionsschluß noch keine Erkenntnisse vor.

Nicht nur, daß sich unter solchen Bedingungen kaum noch journalistische Qualität entwickeln kann – ein Blick auf die mit zunehmender Senderzahl immer eintöniger werdende Fernsehlandschaft mag dafür Beweis genug sein – die Monopolstrukturen geben den Besitzern der Medienkonzerne auch die Möglichkeit, die Meinungspluralität auf den ihnen genehmen Teil zu dezimieren und dadurch selbst zur »Vierten Gewalt« zu werden, die dann auch von den anderen drei Gewalten der bürgerlichen Gesellschaft Besitz ergreift. Der Aufstieg des Medienmoguls Berlusconi zum italienischen Ministerpräsidenten wird für diese Entwicklung gern als Beispiel genannt.

Doch so weit brauchen wir nicht blicken. Der Mißbrauch von Monopolstrukturen zur Meinungsmanipulation funktioniert auch auf dem regionalen Zeitungsmarkt in Eberswalde. Dieser wird vor allem von zwei kommerziellen Blättern beherrscht.

Beim Anzeigenblatt »Eberswalder Blitz« erfreuen sich schon seit mehreren Jahren, neben dem Eberswalder Unternehmerverband, die Parteien CDU und FDP starker Beliebtheit. In der »Märkische Oderzeitung« ist eine politische Einflußnahme vor allem im Vorfeld von Landtags- oder Bundestagswahlen erkennbar. Auch die Lokalredaktion, die sonst durchaus in einem gewissen journalistischen Spielraum agieren kann, muß der von den MOZ-Eigentü-

mern in Ulm (an der Grenze von Baden-Württemberg zu Bayern) herausgegebenen Direktive folgen, deren Ziel diesmal von einigen Beobachtern der Szene in der Etablierung des märkischen CDU-Chefs Schönbohm als brandenburgischer Ministerpräsident gesehen wird.

Als konkrete Folge gibt es beispielsweise Einschränkungen bei den Leserbrief-Rubrik im Umfang und hinsichtlich des Inhalts. Politischen Mandatsträgern wird schon mal angedeutet, daß sie doch die Möglichkeit hätten, sich in den jeweiligen Parlamentssitzungen zu profilieren und dafür nicht die Leserbriefspalten der MOZ mißbrauchen müssen.

Daß in dieser Situation das von der Stadt herausgegebene »Eberswalder Amtsblatt« vermittels patriarchalem Rückfall in vorbürgerliches Zensurverhalten den letzten Anspruch aufgibt, als seriöse Zeitung zu gelten, muß in diesem Zusammenhang nicht weiter thematisiert werden.

Noch gibt es ja die »Barnimer Bürgerpost«. Entsprechend unserer publizistischen Grundsätze, die wir jährlich im Januar veröffentlichen, bietet unsere Zeitung die Möglichkeit, die real vorhandene Meinungspluralität auch medial zu repräsentieren. Dabei bin ich mir sicher, daß unsere politisch selbstbewußte Leserschaft andere Meinungen als die eigene gut aushalten kann.

GERD MARKMANN

Rückkehr nach 60 Jahren

Polnische KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter besuchen Eberswalde

Eberswalde (bbp). Auf Initiative des Vereins Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V. haben der Barnimer Landrat Bodo Ihrke und der Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz fünf ehemalige KZ-Häftlinge bzw. Zwangsarbeiter, die während des Zweiten Weltkrieges in Eberswalder Rüstungsbetrieben arbeiten mußten, am 4. Juni anlässlich der 750-Jahr-Feier in die Stadt Eberswalde eingeladen.

»Die Herren Ihrke und Schulz«, sagt Holger Kliche vom Forschungs- und Gedenkstätte e.V., »verfolgen mit der Einladung die Absicht, unseren polnischen Nachbarn zu demonstrieren, daß das Kapitel Zwangsarbeit von den Eberswaldern nach bestem Wissen und Gewissen aufgearbeitet wird«. Bereits 1999 besuchten vier Frauen aus Warschau auf Einladung der damals noch unter dem Dach des Barnimer Bürgerpost e.V. agierenden Forschungs- und Gedenkstätte ihre früheren Leidensstätten, die Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück in Eberswalde und Finow. Am 4. Juni 2004 sind zwei ehemalige KZ-Frauen aus Warschau dabei, die bereits 1999 die Leidensstätten ihrer

Jugend besucht hatten sowie drei Zwangsarbeiter aus Szczecin.

Um 9 Uhr werden die polnischen Gäste an der Autobahnabfahrt Finowfurt von Ewa Sten-del vom Forschungs- und Gedenkstätte e.V. erwartet. Für 10 Uhr steht ein Empfang beim Landrat und beim Bürgermeister auf dem Programm, die die Gäste auch zum Mittagessen einladen. Ab 12 Uhr gibt es in der Grundschule »Zum Schwärzese« mit den Schülerinnen und Schülern der 6. Klassen ein Gespräch zum Thema Zwangsarbeit in Eberswalde während der Zeit des Faschismus. 14.30 Uhr folgt ein Besuch mit Führung und Imbiß im heute von der Bundesbahn betriebenen ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) Eberswalde, in dem damals ebenfalls Zwangsarbeiter zum Einsatz kamen. Um 15.30 Uhr steht schließlich eine Stadtbesichtigung auf dem Plan.

Der Tag klingt aus mit einem gemütlichen Abendessen im Kreis der Vereinsmitglieder, bevor die polnischen Gäste gegen 19 Uhr wieder die Heimreise antreten werden.

WO KÄMEN WIR HIN, WENN JEDER SAGTE, WO KÄMEN WIR HIN UND NIEMAND GINGE, UM ZU SEHEN, WOHIIN WIR KÄMEN, WENN WIR GINGEN?
ERICH FRIED

Ein Korb für Angolas Botschafter

Eberswalde (bbp). Anlässlich des Starts des neuen Projektes des Gymnasiums Finow im Rahmen der Schulpartnerschaft mit dem Kinderzentrum in Alegria (Angola) weilte im Januar der Gesandte des angolanischen Botschafters Guido Castelbranco in Eberswalde (BBP 2/204). Der Gesandte äußerte während der Veranstaltung die Idee einer Partnerschaft zwischen der Stadt Eberswalde und der Region Cuanza Sul (in der Nähe der angolanischen Hauptstadt Luanda).

Die PDS-Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung wollte darauf von Bürgermeister Reinhard Schulz wissen, ob ihm dieser Vorschlag bekannt sei, ob er eventuell bereits Schritte unternommen habe, um Kontakte mit der angolanischen Seite aufzunehmen und welche weiteren Aktivitäten seinerseits geplant seien. Desweiteren sollte Schulz Auskunft darüber geben, welche Chancen er in einer solchen Partnerschaft für die Wirtschaftsunternehmen in Eberswalde und Umgebung sehe. Da nach fast einem Monat die versprochene schriftliche Antwort noch nicht vorlag, gab es zur März-StVV noch eine Nachfrage insbesondere zum Zusammenhang Städtepartnerschaften und wirtschaftliche Entwicklung.

»In welchem Umfang«, hieß es in der Nachfrage, »haben die bestehenden Partnerschaften mit Städten in der BRD, in Dänemark und in Polen bislang zu wirtschaftlichen Kooperationen zwischen Eberswalder Unternehmen und Unternehmen in den Partnerstädten geführt? Welche Chancen sehen Sie, durch die Pflege der Partnerschaften solche wirtschaftlichen Kooperationen zu befördern?« Und: »In welcher Weise können nach ihrer Auffassung wirtschaftliche Kooperationen für den Ausbau der Städtepartnerschaften genutzt werden?«

Diese Nachfrage beantwortete Schulz auf der März-StVV in mündlicher Form. Zu diesem Zeitpunkt lag dann auch die schriftliche Antwort auf die erste Frage vor.

»Die Stadt Eberswalde sowie ich persönlich«, schrieb der Bürgermeister, »unterstützen seit einigen Jahren das Engagement des Gymnasiums Finow bezüglich der Aktivitäten im Rahmen des Angola-Projektes. Die Unterstützung erfolgte materiell und auch finanziell durch Akquirieren von Spendenmitteln.« Zum

diesjährigen Projektstart am 28. Januar sei die Stadt Eberswalde durch den Leiter der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Dr. Mohamed Hamdali vertreten gewesen. »In Auswertung dieser Veranstaltung wurde ich darüber informiert, daß – was vorab nicht ausdrücklich bekannt war – der Botschafter Angolas zu Gast war. Die Idee eine Städtepartnerschaft mit einer angolanischen Kommune einzugehen, wurde während der Diskussion aufgegriffen, ohne weiter zu vertiefen bzw. zu definieren. Ich habe bis heute keine Schritte unternommen, eine weitere Verbindung mit einer Partnerstadt anzustreben, weil ich der Auffassung bin, daß wir mit unseren drei bereits vorhandenen Städtepartnerschaften (Delmenhorst, Herlev und Gorzow) sowohl an unsere finanziellen als auch materiellen Grenzen gestoßen sind.«

Mit Delmenhorst und Herlev seien zahlreiche Aktivitäten auf der Grundlage der selbstständigen Entfaltung der Zusammenarbeit im kulturellen, gesellschaftlichen, touristischen, sportlichen und wirtschaftlichen Bereich angefallen. »Da die Osterweiterung der EU und damit der Beitritt Polens unmittelbar bevorsteht, hat sich die Verwaltung und ich persönlich dafür eingesetzt, insbesondere die Verbindung mit unserer Partnerstadt Gorzow in Polen prioritär weiter zu vertiefen und gemeinsame Vorhaben vorrangig auf wirtschaftlicher, kultureller und sportlicher Ebene voran zu bringen zum gegenseitigen Nutzen unserer Städte und damit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.« Eine Reise seinerseits mit dem Vorstand des Unternehmensverbandes nach Gorzow habe bereits zu ersten individuellen wirtschaftlichen Kontakten geführt. Vier bis sechs Eberswalder Unternehmen seien derzeit mit Unternehmen aus Gorzow im Gespräch.

»Auf Grund der bekannten Situation mit dem Beitritt Polens zur EU und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten insbesondere auch für unsere Stadt, sollten wir keine weitere Städtepartnerschaft eingehen. Auch der Unternehmensverband Eberswalde (Stadt Umland) kann sich derzeit keine wirtschaftlichen Kontakte mit Angola vorstellen, diese Aussage erhielt ich in einer durch mich geführten Rücksprache.«

Wovor hat die Bundeswehr Angst?

Sehr geehrter Herr Nötzig (Leiter der Bundeswehrausstellung »Unsere Luftwaffe« – bbp), mit großer Verwunderung und vollkommenem Unverständnis haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß es uns, den Gegnern der Ausstellung »Unsere Luftwaffe«, untersagt wurde, friedlich mit einem Holzkreuz, auf dem unsere Friedenswünsche aufgeschrieben waren, auf das Ausstellungsgelände zu gehen, um dort das Kreuz aufzustellen. Die Feldjäger oder Ordnungssoldaten waren postiert als ob

sie es mit einer gefährlichen Übermacht zu tun hätten. Ich empfand diese Situation mehr als peinlich für Ihre Ausstellungseinheit. Wovor hatten Sie Angst? Vor einem Gespräch mit uns über Wege zum Frieden? Es ist schon komisch und kurios, wie eine kleine Minderheit, die unter Frieden stiften etwas anderes versteht als die Bundeswehr, so viele Schutzpersonen mobilisiert. Armes Deutschland, arme Demokratie, arme Bundeswehr.

MARTIN APPEL

Menschenkette



Mehr als 1000 Menschen folgten am 5. Mai in Eberswalde dem Aufruf, unter dem Motto »Anfassen statt Fallenlassen« für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einzutreten.

FDJ im Privatbesitz

Berlin (bbp). Die Jugendorganisation »Freie Deutsche Jugend« (FDJ) muß mit der Absurdität leben, daß sich ihr Organisations-Logo mit der aufgehenden Sonne als geschützte Marke in Privatbesitz befindet. Hier handelt es sich zweifellos um eine Fehlentscheidung der zuständigen Patentbehörde. Dennoch beabsichtigt die FDJ gegenwärtig nicht, gegen die Patentierung ihres Verbandssymbols vorzugehen. Michael vom FDJ-Zentralrat erklärte gegenüber der Barnimer Bürgerpost: »Die Tendenz ist: Abwarten bis dieser Kapitalist, wenn überhaupt, von uns Geld haben will. Dann werden wir gegen ihn prozessieren.« Bereits vorher eine Klage anzustrengen hält der Zentralrat für zu riskant. Offenbar ist das Vertrauen in den Rechtsstaat BRD nicht sehr hoch. Es sei zudem »natürlich auch eine finanzielle Frage«. Der Prozeß gegen den Totalverweigerer Ringo Ehlert, der von der FDJ unterstützt wird, sei noch nicht zu Ende. »Da könnten noch erhebliche Kosten auf uns zukommen.«

Info zur Europawahl

Eberswalde (prest-ew). Wo und ab wann gibt es Wahlscheine und Briefwahlunterlagen? Wahlscheine und Briefwahlunterlagen für die Wahl des Europäischen Parlaments können bei der jeweiligen Wahlbehörde, in der Stadt Eberswalde beim Bürgeramt im Rathaus in der Breiten Straße 42, beantragt werden. Die Stadt Eberswalde unterhält noch bis zum 11. Juni im Rathaus ein Wahlbüro (Raum 106), in dem die ausgefüllten Briefwahlunterlagen gleich abgegeben werden können. Die Öffnungszeiten des Wahlbüros stimmen mit den allgemeinen Öffnungszeiten des Bürgeramtes überein (wochentags jeweils 9 bis 12 Uhr, Dienstag und Donnerstag zusätzlich 13 bis 18 Uhr, Mittwoch ganztägig geschlossen). Am Freitag, dem 11.6.2004, ist das Wahlbüro bis 18 Uhr geöffnet.

Fairnessabkommen

Am 5. Mai trafen sich in Potsdam die Landesvorsitzenden der CDU, SPD, FDP, PDS und der Grünen, um ein Fairnessabkommen zu schließen. Was für demokratische und ethische Grundsätze wollen die etablierten Parteien damit vermitteln?

Wenn sie tatsächlich der Meinung sind, daß sie ein Abkommen benötigen, um ihr eigenes demokratisches Verhalten zu gewährleisten, so wirft die Ausweisung anderer Parteien aus diesem Abkommen ein bezeichnendes Licht auf das tatsächliche Demokratieverständnis. Da hilft auch kein Fairnessabkommen. Dieses sogenannte Fairnessabkommen könnte man nur als moralischen Offenbarungseid bezeichnen, sofern man nicht so freundlich ist, es als billiges Wahlkampfmanöver anzusehen.

Sich anständig und fair zu benehmen und Plakate anderer Parteien nicht zu beschädigen oder zu stehlen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Rechtsstaatliche Offensive und sicherlich auch viele andere Parteien und Wählervereinigungen brauchen dafür kein Abkommen und sie sind schon gar nicht der Meinung, daß sich Fairneß und gegenseitiger Respekt nur auf bestimmte etablierte Parteien zu erstrecken haben.

Allerdings stellt sich jetzt die Frage, ob dieses Abkommen nicht eine reale Notwendigkeit als Hintergrund hat. Ich kann mich gut erinnern an vergangene Wahlkämpfe in Brandenburg, als Hunderte Plakate der Partei Rechtsstaatlicher Offensive nach dem abendlichen Aufhängen am nächsten Morgen verschwunden waren. Der Rekord waren einhundert Plakate in einer Nacht in Strausberg. In diesem Fall wäre erst recht Mißtrauen angebracht, da andere Parteien und Wählervereinigungen ausgeschlossen werden. Es darf auch spekuliert werden, inwieweit die etablierten und unfähigen Parteien mit dieser Absprache versuchen werden, unangenehme Themen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen, im Wahlkampf zu unterdrücken bzw. dem Dauerwahlkampf in diesem Jahr ihren Stempel aufzudrücken. Daß das nötig sein wird, wenn auch als unrealisierbar einzustufen, haben sie schmerzlich bei der Kommunalwahl verspüren müssen. Dafür ist die Opposition zum rosarotschwarzgrün gelben Establishment zu stark geworden.

TILO WEINGARDT

Leichsenring in den Landtag

Eberswalde (kdI). Die ehemalige Polizeipräsidentin von Eberswalde, Uta Leichsenring, wird sich zur Landtagswahl im Herbst als Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen um ein Direktmandat im Wahlkreis 13 (Eberswalde, Amt Joachimsthal und Gemeinde Schorfheide) bewerben. Uta Leichsenring ihre Schwerpunkte in der Förderung einer demokratischen Zivilgesellschaft und bürgergesellschaftlicher Partizipation sowie in der Bildungspolitik und der Kinder- und Jugendprävention.

Deutsch-polnische Tanzschritte in die EU

Das hatte der ehrwürdige Marktplatz in Eberswalde noch nicht erlebt... Zwölf Uhr Mittag und das Volk tanzt!

Was war geschehen? Der Reihe nach: Am Demonstrationszug zum 1. Mai beteiligten sich wieder einmal mehr Menschen an ihren Fenstersimsen oder verstohlen hinter den Gardinen, als auf der Straße. Wie schon zur schönen Tradition geworden begleitete uns der Spielmannszug der Eberswalder Spielleute 1963 e.V. Man hätte ihre Darbietungen nicht nur vom 3 oder 4 Rang aus bestaunen können und sollen. Viele haben scheinbar noch nicht verinnerlicht, daß eine einzelne große Aktion (3. April in Berlin) nicht ausreicht. Sondern es vielmehr gerade jetzt darauf ankommt, auch regional Flagge zu zeigen.

Auf dem Marktplatz fanden sich 450 Leute ein um die Rede des DGB-Regionsvorsitzenden Olaf Himmel zu hören, an den Ständen der beteiligten Vereine, Verbände und Parteien nach Neuem Ausschau zu halten oder mit den Standbetreuern ins Gespräch zu kommen.

Schon die Tanzgruppe von »Palanka« sorgte für den ersten »Gute Laune«-Beitrag. Die mit etwas Verspätung eingetroffene Gruppe DIKANDA brauchte einige Zeit für den Soundcheck – aber alle die geblieben waren oder später noch schnell zum Konzert kamen, wurden für das Warten entschädigt.

Die Spielfreude der Musiker flutete nach unten auf den Marktplatz und von dort ging die Begeisterung zurück zur Bühne. Tanzende Kinder und Erwachsene vor der Bühne und auf der Bühne – eine Einheit. Schöner konnte das Bild zum Tag nicht sein: Unser Europa...

Auch deshalb waren DIKANDA genau die richtige Wahl für diesen 1. Mai in Eberswalde - dem Tag der EU-Osterweiterung und der sozialen Gerechtigkeit. Ania Witczak und ein

paar Freunden gründeten DIKANDA 1997 in Szczecin. Der Name stammt aus einer Phantasiesprache und ist nach Auffassung der Band wunderbar und besser als jede bekannte Sprache geeignet, den Musikstil und die Emotionen der Gruppe auszudrücken: Freude am Singen, Spielen, Leidenschaft, Spontaneität und jede Menge Energie.

DIKANDA haben einen neuen, sehr lebendigen Folklorestil geschaffen, mit selbstkomponierten Texten und Melodien aus Mazedonien, von Zigeunern, Juden, Ukrainern, Polen, Russen, Griechen, Bulgaren sowie von Arabern und Türken; nicht von ungefähr hieß ihre erste CD »Music from all over the East«. Dabei geht es den Künstlern nicht darum, ethnische Klänge nachzuahmen, sondern eigene Töne zu suchen und aus der Kraft der Volksmusik zu schöpfen. Ihnen ist das Folk-Gefühl wichtiger als die Wiederholung eines Repertoires traditioneller Stücke. Den Kopf der Gruppe bilden Ania Witczak (Akkordeon, Gesang) und Violina Janiszewska (Gesang). Unterstützt werden die ausdrucksstarken Vokalistinnen von Piotr Rejda an der Gitarre, Kasia Dziubak an der Geige und dem neuen Kontrabassisten. Fünf MusikerInnen on stage, die drei Herren und die zwei Frontfrauen des Ensembles singen, tanzen und beherrschen ihre Instrumente – einfach gnadenlos virtuos und grenzenlos sympathisch. Wer gute, ehrliche handgemachte Musik zu schätzen weiß, kam am 1. Mai in Eberswalde auf seine Kosten.

Und die gute Nachricht zum Schluß: Wer sich jetzt ärgert daß er nicht dabei sein konnte - am 19. Juni gibt es ein Wiedersehen mit DIKANDA. Viele die am 1. Mai dabei waren, werden wohl auch in Angermünde das Tanzbein schwingen...

ANDREAS SULT

Rote Socken vor der Kaiserpassage

Am 26. April führte die PDS Worms vor der Kaiserpassage ihre »Rote Socken ins Rathaus«-Aktion durch. Dazu hängte sie rote Socken auf einer Wäscheleine auf, um die Passanten auf den Infostand der PDS aufmerksam zu machen. Unterstützt wurde die örtliche PDS von der brandenburgischen Spitzenkandidatin Dagmar Enkelmann sowie Mitgliedern der PDS-Partnergruppe Finowfurt (Schorfheide – bbp). In zahlreichen Gesprächen mit Wormser Bürgerinnen und Bürgern wurden die politischen Angebote der PDS vorgestellt und Unterstützerunterschriften gesammelt, damit die PDS Worms zur Stadtratswahl zugelassen wird. Am Abend stellte Dagmar Enkelmann kommunale PDS-Politik an konkreten Beispielen vor, erläuterte die Aufgaben und Ziele der PDS für die anstehenden Wahlkämpfe und diskutierte mit den Anwesenden. Unter anderem waren auch die Regierungsbeteiligungen der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern

ein Thema. Am 27. April besuchte Dagmar Enkelmann den Arbeitsförderbetrieb der Stadt Worms. Karl-Heinz Winkler, Leiter des Arbeitsförderbetriebes, stellte sehr ausführlich die Aufgaben und Beschäftigungsgebiete der Einrichtung vor. Zudem diskutierte Hr. Winkler mit Dagmar Enkelmann und weiteren Gästen von Seiten der PDS viele interessante Details von Möglichkeiten und Problemen, z.B. die Auswirkungen von Hartz IV, bei der Förderung von Sozialhilfeempfängern. Danach besichtigten die Anwesenden noch die Einrichtungen des Arbeitsförderbetriebes. Der krönende Abschluß des Besuches in Worms war eine Besichtigung des Wormser Doms.

SEBASTIAN KNOPF, Pressesprecher der PDS Worms

Anläßlich des Besuches in Worms erreichte die BBP-Redaktion auch ein inhaltsgleicher Bericht von Kordula Steinke und Günter Hildebrandt (PDS-BO Schorfheide). Die beiden wünschen ihren Genossen in Worms viel Erfolg bei der Wahl.

Zweckverband Flugplatz Finow

Akteneinsicht

Dieser Beitrag wäre eigentlich was für die Rubrik »Das erste Mal«. Denn für mich war es die erste Akteneinsicht. An und für sich finde ich es gar nicht so toll, die Nase zwischen staubige Aktendeckel zu stecken. So war es auch mehr eine Gefälligkeit, die mich zu diesem »ersten Mal« veranlaßte. Denn ursprünglich waren es nur Dr. Martens und Herr Sternberg, die Akten einsehen wollten. Beide sind vorigen Herbst als Vertreter der Bürgerinitiative gegen den Flugplatzausbau auf der Liste BKB/Freie Wähler in die StVV Eberswalde bzw. die Gemeindevertretung Schorfheide gewählt worden und, wie ich von der meinigen, von ihren Fraktionen als Vertreter in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Flugplatz Finow benannt worden. Inzwischen warten wir ein halbes Jahr auf die Konstituierung dieser Zweckverbandsversammlung. Einmal schon ließ man die konstituierende Sitzung unter einem an den Haaren herbeigezogenen Vorwand platzen. Seither tut sich nichts, obwohl ich mich mit dem Problem schon mehrfach an den Verbandsvorsteher Bürgermeister Schulz gewandt habe. Ein schwer zu ertragender Zustand für jemanden, der den Auftrag seiner Wählerinnen und Wähler einigermaßen ernst nimmt.

Die beiden BKB-Vertreter wollten die tatenlose Zeit überbrücken, indem sie wenigstens die Akten des Zweckverbandes studieren. Doch beim ersten Anlauf ließ sie der als stellvertretender Verbandsvorsteher auftretende Jan Koop schlicht abblitzen. Als Einzelpersonen hätten sie kein Recht auf Akteneinsicht. Einen solchen Akteneinsichtsanspruch müßten wenigstens ein Viertel der Verbandsvertreter unterzeichnen. Bei zwölf Vertretern in der Zweckverbandsversammlung wären das drei. Da ich ja ebenfalls die Langeweile des Wartens auf die Konstituierung aushalten muß, stellte ich mich gern als Zählkandidat zur Verfügung.

Am 18. Mai war es schließlich soweit. Mit einiger Aufregung betrat ich gemeinsam mit meinen beiden Kollegen den Raum in der Flugplatzbaracke, in der die Akteneinsicht stattfinden sollte. Mit Verwunderung registrier-

te ich, daß uns entgegen meiner Erwartung keine staubigen Aktenordner erwarteten. Vielmehr waren auf mehreren Tischen zahllose Zettel ausgebreitet, die nur mit großer Mühe in einen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang gebracht werden konnten. Schlichtweg unmöglich war es, zu erkennen ob und wie viele Unterlagen uns vorenthalten wurden. Zumal Herr Koop ganz deutlich darauf hinwies, daß er einige Schriftstücke nicht zeigen könne. Welche, das behielt er für sich. Schwammig erläuterte er, dort seien Interessen Dritter berührt, was eine Akteneinsicht selbst für gewählte Volksvertreter ausschließe (!?). Das Erstaunen nahm noch zu, als Herr Koop erklärte, daß er nach anderthalb Stunden wegen irgendeines privaten Termins alles zuschließen müsse und wir uns als Akteneinsichtnehmer plötzlich vor der Tür wiederfanden.

Immerhin soll es im Juni einen neuen Einsichtstermin geben. Und immerhin versprach Herr Koop, daß er dann auch vollständigere Akten vorlegen werde und wir sogar, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, eine schriftliche Begründung für die von der Einsicht ausgeschlossenen Dokumente erwarten könnten.

Ja, so eine Akteneinsicht hatte ich mir anders vorgestellt. Soviel glatte Arroganz und Mißachtung gewählter Volksvertreter durch einen subalternen Verwaltungsmitarbeiter hätte ich nicht erwartet. Ob Bürgermeister Schulz weiß, wie hier in seinem Namen gehandelt wird?

Der weiteren Entwicklung des Flugplatzes Finow dient solcherart Verhalten ganz bestimmt nicht. Man muß ja geradewegs vermuten, daß hier irgendwelche dunklen Mächtschaften verschleiert werden sollen. Wer wirklich will, daß von einer Entwicklung des Finower Flugplatzes wirtschaftliche Impulse für die Region Eberswalde ausgehen, der wird auf größtmögliche Transparenz setzen. Denn jedes andere Verhalten ist von vornherein zum Scheitern verurteilt und wird der Brandstetterpleite nur eine weitere hinzufügen.

GERD MARKMANN

750 und noch viel mehr

Eberswalde (bus). »Wir haben überlegt, wie wir uns als junge Bürgerstiftung in das Festwochenende zum Eberswalder Stadtjubiläum am 5. und 6. Juni einbringen können. Herausgekommen ist die Idee für einen Spendenwettbewerb«, erklärt André Koch, der Geschäftsführer der Barnim-Uckermark-Stiftung.

Die Bürgerstiftung stellt dafür bis zu 750 Euro Preisgeld zur Verfügung, die sie einem Eberswalder Verein zum Stadtjubiläum schenken möchte. Am Infostand der Bürgerstiftung soll die Arbeit von fünf ausgewählten Vereinen vorgestellt werden. Welcher Verein das Preis-

geld der Bürgerstiftung bekommen soll, entscheiden die Festbesucher – durch eine eigene Spende. »Der Verein mit dem höchsten Spendenaufkommen bekommt dann unser Preisgeld. Für jeden von den Bürgern gespendeten Euro legen wir einen Euro oben drauf, allerdings nur für den Gewinner und nur bis zu einer Höchstsumme von 750 Euro«, erläutert André Koch das Verfahren.

Nun sind die fünf Vereine gesucht, die sich an der Aktion beteiligen wollen. Informationen zur Bewerbung finden sich auf der Webseite der Stiftung unter www.buskommt.de.

Überschwemmungssicher

Eberswalde (bbp). Der kürzlich fertiggestellte Teil der Goethestraße weist mehrere Besonderheiten auf, verlautbarte kürzlich die städtische Pressestelle. So ist der Verlauf der neuen Regenwasserrinne zum Teil identisch mit jenem der alten Stadtmauer von Eberswalde, weshalb der Straßenneubau hier über den gesamten Zeitraum archäologisch begleitet wurde. Doch die im Herbst 2003 begonnene Baumaßnahme »hat noch mehr Besonderheiten aufzuweisen«, heißt es weiter. »Erstmals wurden in Eberswalde für die Regenentwässerung Rohre mit einem Durchmesser von 1,20 m verlegt!«

Notwendig ist diese gigantische Regenentwässerung, weil bereits jetzt durch die Neubauten und Sanierungsmaßnahmen innerhalb der Innenstadt große Flächen, auf denen bislang das Regenwasser versickern konnte, versiegelt sind. Die Bebauung des Pavillonplatzes, mit der bereits in diesem Jahr begonnen werden soll und später der Südseite der Friedrich-Ebert-Straße wird dieses Problem weiter verschärfen. Bereits jetzt stehen nach starkem Regen Teile der Altstadt bis zu 40 Zentimeter hoch in den Straßen (vgl. MOZ, 11.5.2004).

Geheimniskrämerei gerügt

Eberswalde/Guben (bbp). Der Bürgermeister von Eberswalde Reinhard Schulz hat seit seinem Amtsantritt 1996 die finanziellen Möglichkeiten der städtischen Gesellschaften genutzt, um seine Visionen einer wirtschaftlichen Entwicklung (Flugplatz, Binnenhafen, Finowkanal, Laga) zu verwirklichen. Ähnliches hat auch der Bürgermeister von Guben, Klaus-Dieter Hübner bei seiner Amtsübernahme angekündigt. Der Gubener Bürgermeister bekam jetzt allerdings Probleme mit der Kommunalaufsicht des Kreises. Die forderte nach Berichten der Lausitzer Rundschau mehr Offenheit, als dem Bürgermeister offenbar lieb ist. Die Gubener PDS-Fraktion hatte moniert, daß Prüfergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes nur den Aufsichtsräten der Gesellschaften zugesandt worden seien. Die aber sind zum Stillschweigen verpflichtet. Die Kommunalaufsicht stellte klar, daß allen Abgeordneten die Berichte zugänglich gemacht werden müssen.

In Eberswalde erfahren die Stadtverordneten lediglich in einem der jährlichen Haushaltssatzung beigefügten Kurzbericht von den wirtschaftlichen Ergebnissen der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen.

10. Tourismuskonferenz

Bernau (de). Die 10. Tourismuspolitische Konferenz findet am 3. Juni um 15 Uhr im Bernauer Treff 23 (Breitscheidstr. 43 a) statt. Zum Thema »Gemeinsamer Wirtschaftsraum Berlin – Brandenburg« haben die Veranstalter Dagmar Enkelmann und Vizelandrat Carsten Bockhardt der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf und den TMB-Geschäftsführer Dieter Hütte eingeladen.

Europawahl

Andere Politik nötig

Dr. Helmuth Markov in Eberswalde

Der Termin der Europawahlen rückt näher und damit stellen sich immer eindringlicher die Fragen: Worum geht es eigentlich bei diesen Wahlen? Was wählen wir, haben wir eine Alternative zur jetzigen Politik der neoliberalen Entfesselung der Marktkräfte und zum europaweiten Sozialabbau? Diese und andere Fragen bewegten die Teilnehmer einer Veranstaltung der AG Senioren der PDS Eberswalde.

Dr. Helmuth Markov, Abgeordneter der PDS im Europäischen Parlament, erläuterte sachkundig und interessant sowohl die gegenwärtige politische Praxis als auch die europapolitischen Ziele der PDS. Mit einem deutlichen »Ja« beantwortete er auch die Frage, ob uns das denn alles interessieren muß, womit sich das europäische Parlament befaßt. Denn die dort getroffenen Entscheidungen greifen bereits heute tief in unser Leben ein, Zahlreiche Gesetze, Normen, Kriterien, Regeln, Strukturentscheidungen zu Strom, Wasser, Lebensmitteln, Agrarproduktion, Transport und in weiteren Bereichen bestimmen unseren Alltag. Und das kann uns nicht gleichgültig sein. Die PDS befürwortet die europäische Integration auf Basis einer gleichberechtigten, solidarischen, zivilen und demokratischen Grundlage. Und um das zu erreichen, bleibt noch viel zu tun.

Die Veranstaltungsteilnehmer stellten auch Fragen zur Verfassung. Es ist positiv, daß sich die Europäische Union eine Verfassung gibt und daß in den Entwurf die Grundrechtecharta und soziale Rechte aufgenommen wurden. was besonders dem Engagement der Linken im Parlament zu danken ist. Kritisch zu sehen ist dagegen, daß im Entwurf das neoliberale Wirtschaftsmodell, wie offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb festgeschrieben wird und alle EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichtet werden. Eine solche Politik zur Förderung der Militarisierung ist der falsche Weg für Europa.

Die PDS sagt nein zu diesem Entwurf und sie tritt dafür ein, daß er den Völkern zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt wird. Es bedarf eines umfassenden Politikwechsels hin zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa. Dazu ist die weitere Stärkung der Linken im Europaparlament notwendig, zu deren Fraktion die PDS gehört. Dr. Markov zeigte an konkreten Beispielen, wie die Linken im Parlament soziale Interessen von Bürgerinnen und Bürgern mit Beharrlichkeit und Verantwortung wahrnehmen. Gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die Politik der weiteren Privatisierung zugunsten des Großkapitals und den rigorosen Sozialabbau – was europaweit zu verzeichnen ist – muß ein Halt gesetzt werden.

Eine andere Politik ist notwendig und möglich. Dafür setzt sich die PDS ein.

ERIKA GRÜNDER und GÜNTER BLUMENSATH, AG Senioren der PDS Eberswalde

Graffiti-Problem in Eberswalde

Die Erarbeitung der Ordnungssatzung in den letzten Wochen lief nicht ohne Diskussion ab. Es tauchte deutliche Kritik auf an der Forderung, in Eberswalde verstärkt gegen Schmierereien vorzugehen. Letztendlich wurden in der neuen Ordnungssatzung der Stadt Eberswalde Graffiti auch nicht berücksichtigt. Begründet wurde dies, unter anderem von Herrn Passoke, damit, daß Graffiti bereits strafrechtlich relevant seien nach §303 Strafgesetzbuch (Sachbeschädigung). Solche Argumentation versucht, vom gegebenen kommunalen politischen Gestaltungsspielraum abzulenken. Desweiteren wird damit der Eindruck erzeugt, es erfolge eine Bestrafung der Täter bzw. eine ausreichende Bestrafung, womit Handlungsdruck nicht gegeben wäre.



Graffiti stellen jedoch nur dann eine Straftat dar, wenn sie Sachbeschädigung hervorrufen. Sie werden aber nicht immer so eingeordnet, z.B. wenn die Gebrauchsfähigkeit des betroffenen Objektes als nicht beeinträchtigt angesehen wird. Insbesondere seit einem Urteil des BGH 1979 war die Rechtslage so, daß Graffiti eher nicht als Sachbeschädigung eingestuft wurden. Mittlerweile erfolgen viele Rechtsprechungen nach der Zustandsveränderungstheorie, die Graffiti als Sachbeschädigung einordnet. Man ist jedoch als an einer Bestrafung der Täter Interessierter von der von der Entscheidung des Richters abhängig.

In solchen abgeschmetterten oder mit nach eigener Meinung zu geringer Strafe versehenen Fällen könnte dann die Staatsanwaltschaft an die Ordnungsbehörden den Fall weiterleiten, wie es in anderen Städten auch geschieht. Dafür jedoch muß man das Thema Graffiti in einer Verordnung regeln. Dies zum Wohle der Stadt zu tun, konnten sich die entsprechenden Ausschüsse und die StVV nicht durchringen. Es war eine politische Entscheidung und keine juristische!

Jeder Bürger sieht den status quo, Schmierereien allerorten. Aus diesem Grund forderte die Rechtsstaatliche Offensive im Kommunalwahlkampf eine Graffiti-Verordnung, wie sie anderswo bereits existiert. Damit soll die Stadt attraktiver und wohnlicher werden und den Hausbesitzern die erheblichen Reinigungskosten erspart. Ebenso ist das Vorgehen gegen Schmierereien aus soziologischer Sicht zu befürworten und stellt eine Präventivmaßnahme dar, da der Verwahrlosung von Vierteln und der Steigerung der gefühlten und der tatsächlichen Kriminalität vorgebeugt wird.

Warum folgen nicht alle dieser Argumentation? Es handelt sich um einen schon lange währenden Dissens zwischen den Konservativen und den Linken/Alt68ern. Während die einen gegen Graffiti auf fremdem Eigentum vor-

gehen wollen, sehen die anderen darin etwas Positives. Graffiti wären als freie künstlerische Entfaltung und Ausdruck von Kreativität zu befürworten, auch auf Kosten des Stadtbildes und der in ihrem Eigentum Geschädigten. Sogar aus höheren politischen Kreisen hat man solcherlei schon hören müssen. Bei manchen Graffiti (nicht in Eberswalde!) kann man berechtigterweise von Kunst sprechen, dennoch geht für mich der Schutz des Eigentums vor.

Auch Aussagen, das Problem liege allein in der Habhaftwerdung, greifen zu kurz. Da die Abschreckung sich aus der Strafhöhe und der Wahrscheinlichkeit der Strafe ergibt und bei Graffiti immer eine relativ geringe Aufklärungsquote bestehen wird, sollte man also verstärkt am Strafmaß ansetzen. Das erfordert nun mal rechtliche Grundlagen in einer Verordnung.

Die Forderung danach als Populismus zu bezeichnen, finde ich absurd. Das Attribut populistisch trifft nicht zu und soll nur als Totschlagargument dienen, um die Durchsichtigkeit und Schwäche der eigenen Argumentation zu übertünchen. Das ist undemokratisch und dient nur zur Entsachlichung, um eine gewisse Medienhoheit in punkto inhaltlicher Besetzung solcher Begriffe wie Populismus für sich auszunutzen. Dieses Verhalten ist typisch für die politische Linke, wenn auch eher auf höherer politischer Ebene anzutreffen.

Die neue nun verabschiedete Ordnungssatzung bedarf noch an anderen Punkten der Nacharbeit. Querfeldeingehen durch Grünanlagen und über Beete scheint mir nach wie vor möglich, weil ein Durchqueren eines Beetes nicht wirklich Sachbeschädigung hervorruft. Speziell am Karl-Marx-Platz kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Trampelpfaden zwischen den Sträuchern.

In §8(2) der Ordnungssatzung hat sich der deutsche Regulierungswahn durchgesetzt. Warum muß man derart detailliert regeln, wie Hausnummern anzubringen sind? Was ist mit Häusern, die zwar zur Straßenseite hin ihren Hauseingang haben, dieser jedoch nach hinten versetzt oder durch eine Treppe höher gelegen ist oder sonstwelche Abweichungen vorliegen, um nur einige Beispiele zu nennen? Auf den ersten Bescheid wegen zu hoch oder an falscher Stelle angebrachter Hausnummer bin ich sehr gespannt. Ich denke, es wird keinen geben, also warum macht man dann solche Paragraphen überhaupt erst?

Solche sprudelnden Quellen der Bürokratie gehören abgeschafft und durch gesunden Menschenverstand repräsentierende Formulierungen ersetzt.

Wie wird sich Eberswalde erst verhalten, wenn es an die Umsetzung der brandenburgischen Verordnung über Jugendschutz-Zuständigkeiten geht, von der die Jugend wie beim Thema Graffiti betroffen sein wird?

TILO WEINGARDT

»Dort unten ist der Knopf, mit dem die Bomben ausgeklinkt werden«

Eindrücke von der Ausstellung »Unsere Luftwaffe«

von Gerd Markmann

EINE SONDERVERÖFFENTLICHUNG DER BARNIMER BÜRGERPOST VOM 28. MAI 2004

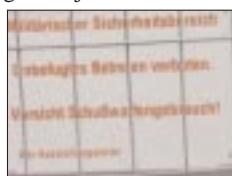
Proteste

Im Vorfeld der Kriegswaffenausstellung hatten sich das Bündnis für den Frieden Eberswalde, Vertreter der evangelischen Kirche und weitere Bürgerinnen und Bürger zum »Aktionskreis Barnim gegen die Luftwaffenausstellung« zusammengeschlossen. Der Aktionskreis begleitet die Waffenschau mit einer Mahnwache. Bilder vom zerstörten Eberswalde des Jahres 1945 zeigen, was unsere Stadt der deutschen Luftwaffe zu verdanken hat.

Etwa 100 Menschen, darunter der Erste Beigeordnete der Stadt Eberswalde Lutz Landmann etwas zurückhaltend am Rande, protestieren am Eröffnungstag unter dem Motto »Himmelfahrt für den Frieden« (Zahlenangaben laut RBB, die MOZ zählte 60). Die Schau über die Luftwaffe blende die Schrecken des Krieges mit Opfern und Zerstörung aus, kritisiert Dieter Gadischke von der evangelischen Jugendarbeit im Barnim. Reinhard Porazik vom DGB Berlin-Brandenburg macht auf den Zusammenhang zwischen Kürzungen im Sozialbereich und den Rüstungsausgaben aufmerksam. Weitere Redner sind Wolfgang Gehrke vom PDS-Bundesvorstand, Kai Nöske-Heininger von der Bürgerinitiative »FREIE HEIDE« und Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann von der Senftenberger Friedensinitiative. Dort macht die Kriegswaffenschau der Bundesluftwaffe als nächstes vom 24. bis 27. Juni Station.

Gedämpfte Resonanz

Entgegen der anschließenden Jubelmeldungen ist mein Eindruck, daß die Publikumswirksamkeit der Ausstellung nicht jene der Heeresausstellung erreicht, die sich vor vier Jahren in Eberswalde präsentierte. Ausstellungsleiter Nötzig bestätigte das indirekt gegenüber dem lokal-



»Schießbefehl« in Eberswalde.

über das Wetter und die »Herrentagsausflieger« dozierte. Wie er es dennoch schaffte, 20.000 Besucher zu zählen, bleibt sein Geheimnis.

Unter den Leuten, die die Kriegswaffen besichtigen, viele mit fehlendem Verständnis für die Proteste am Tor der Ausstellung. Ein älterer Herr meint, er sehe »hier die gleichen Gesichter, die vor der Wende für die NVA waren. Und jetzt sind sie plötzlich gegen Waffen.« Ich meinerseits sah viel zu wenige von denen, dafür aber viele junge Leute.

Hubschraubergedröhn über'm Wohngebiet

Dröhnend schraubt sich die Bell UH 1D der Bundeswehrluftwaffe über dem größten Eberswalder Wohnviertel in die Höhe, um zwei oder drei Fallschirmspringer abzuwerfen. In der Standschwebe wartet der Hubschrauber ab bis die Fallschirme zu Boden gehen, um etwa nach 15 bis 20 Minuten wieder auf dem Gelände der Kriegswaffenausstellung »Unsere Luftwaffe« zu landen. Drei Tage lang wiederholt sich das Schauspiel etwa im Stundentakt, erst am Sonntag sorgt der Regen für längere Ruhepausen. Während sich Sonn- oder Feiertags kein Normalbürger beim Rasenmähen erwischen lassen darf, braucht die Bundeswehr auf Sonntags-, Feiertags- oder Mittagsruhe keine Rücksicht zu nehmen.

Militärmusik für Kindergarten

Einen Tag vor Eröffnung der Luftwaffenschau spielte das Luftwaffenmusikkorps 4 im Familiengarten (ex-Laga). Das Tschingderasata in der Stadthalle wird als Benefizkonzert abgerechnet. Die Erlöse sollen der städtischen Kindertagesstätte »Sputnik« zu gute kommen. Zusätzlich warb ein Sparschwein am Eingang der Luftwaffenschau unter den Besuchern Spenden für diese Kita ein. 1749,52 Euro kamen zusammen und werden am 23. Mai der Kita-Leiterin Monika Werner überreicht.

Bei der Übergabe wird nicht erwähnt, daß allein das dreieinhalbfache dieser Summe zusammengemommen wäre, hätte die Luftwaffe wenigstens an einem Tag auf die stündlichen Hubschrauberflüge verzichtet. Durch einen völligen Verzicht auf die fünftägige Bundesweherschau wären Kosten gespart worden, was solche Spendenschecks für jede Kita in Eberswalde ermöglicht hätte.

Vielleicht regt der Bürgermeister an, daß sich die Kita »Sputnik« künftig aus Dankbarkeit Kita »Tornado« nennt.

3000 Euro für eine Flugstunde

Ganz so einfach ist es nicht, herauszubekommen, was so eine Flugstunde des Hubschraubers UH 1D kostet. »Keine Ahnung«, sagt der am SAR-Hubschrauber stehende Begleitsoldat, »darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht.« Erst der herbeigerufene Hubschrauberpilot kann nähere Auskunft geben: »Tja, kann man schwer sagen. Ich habe mal so was von 3000 Euro pro Flugstunde gehört. Neben den normalen Betriebskosten



Ein Schild verwehrte eigentlich Kindern unter 14 Jahren, daß sie in den Tornado-Jagdbomber steigen. Doch die Soldaten des Ausstellungsbegleitkommandos nahmen's nicht so genau. Sicherlich mit wohlwollender Genehmigung der Ausstellungsleitung. Die Technikbegeisterung auch ganz junger Menschen sollte man ja nicht durch unnötige Verbote beschränken. »Dort unten ist der Knopf, mit dem die Bomben und Raketen ausgelöst werden«, gab das Begleitpersonal den Kindern bereitwillig Auskunft.

wie für den Treibstoff (ca. 270 Liter pro Flugstunde – bbp) kommen ja anschließend noch die ganzen Wartungsarbeiten dazu.«

Kaiserliche Traditionen

Der Pilot am Cockpit des Tornado-Jagdbombers trägt das Abzeichen des Jagdbombergeschwaders 31 »Boelcke«. Nein, erklärt er mir, hier geht es nicht um militaristische Traditionen. Oswald Boelcke hat als Jagdflieger-As des 1. Weltkrieges auch nichts mit der faschistischen Wehrmacht zu tun, wie z.B. Werner Mölders, nach dem das Bundeswehrgeschwader 74 benannt ist (vgl. BBP 5/2004, »Vati Mölders«). Im übrigen sei die Namensgebung für militärische Einrichtungen sowieso Sache der Politiker. In seiner Einheit werde die fachliche und menschliche Kompetenz des Jagdfliegers Boelcke als Tradition gepflegt. Oswald Boelcke war nicht nur ein hervorragender Flieger, sondern hat auch ganz viel zur Entwicklung der Kampfaktik der Jagdflieger beigetragen, sagt der Pilot.

Oswald Boelcke schickte 40 gegnerische Flieger in den Tod, bevor ihn selbst am 28. Oktober 1916 am Himmel über Frankreich das gleiche Schicksal ereilte. Boelcke starb »unbesiegt« – sein Flugzeug stürzte ab, weil er in einem Luftkampf mit einem Flugzeug seiner Staffel zusammenstieß.

Ein weiteres Kampfgeschwader der Bundesluftwaffe ist nach dem kaiserlichen Jagdflieger Max Immelmann benannt, der am 18. Juni 1916 den Heldentod erlitt.

Luftnummer

Zum 750-jährigen Jubiläum der Stadt Eberswalde findet eine Waffenschau auf dem stadteigenen Gelände im Bereich der chemischen Fabrik auf ausdrücklichen Wunsch der Stadtverwaltung statt. Es soll eine Werbeveranstaltung für die Luftwaffe sein und dem Image der Stadt Eberswalde dienen, so hört man. Die Luftwaffenausstellung wird gegen den Willen einer großen Minderheit des Stadtparlaments durchgeführt. Die Frage ist, warum zieht die Stadtverwaltung diese Veranstaltung trotzdem an sich?

Die besonderen geschichtlichen Aspekte dürften den Leuten bekannt sein. Man sieht jetzt noch die Baulücken in der Innenstadt, die auf die Bombardierung durch eine deutsche Luftwaffe zurückgehen. Es müssen wohl starke Gründe sein, um sich ein solch heikles Problem auf den Tisch zu ziehen und auch, um in eine solche Stadt zu kommen.

Die Luftwaffe sucht schon seit Jahren nach einer Berechtigung. Die Außenverteidigung kann es nicht sein. Deutschland ist von lauter friedlichen Nachbarn umgeben. Die meisten haben die gleiche Währung und können schon deshalb nicht gegen uns Krieg führen. Die anderen Nachbarn sind gerade der Europäischen Union beigetreten. Auch eignet sich der Terrorismus nicht als Feind. Dessen Bekämpfung ist eine Polizeiaufgabe. Vielleicht bräuhete diese dafür Flugzeuge, aber keine Bomber und keine Luftwaffe. Zur Befriedung von Bürgerkriegen im Ausland kann man die Luftwaffe auch nicht einsetzen, so lange dort Wehrpflichtige dienen. Stellen Sie sich vor, Ihr Sohn sollte in Afghanistan für den Weltfrieden sterben. So doof ist der auch nicht. Wie wir sehen, hat die Luftwaffe ein großes Problem. Die Leute dort kämpfen um ihre gut bezahlte Anstellung. Das ist klar und das kann man verstehen.

Was hat die Stadt Eberswalde von der Ausstellung? Wie man hört hat es keinen Eintritt gegeben. Soll für einen Flugplatz geworben werden? Dann war man am falschen Ort. Will man wieder eine Garnison zur Wirtschaftsförderung? Die Luftwaffe schließt Standorte und eröffnet keine. Wollen sich die Wahlkämpfer profilieren? Außer Ausstellungsgegnern wurden keine Wahlkämpfer auf und vor dem Gelände gesehen. Über die besonderen Gründe der Stadt hat man auch nichts gehört. Vielleicht hat es sich einfach so ergeben und in den Zeitplan der Luftwaffenschau gepaßt?

Wie dem auch sei, zukünftig könnten man doch etwas nachdenken, bevor man handelt, sich mit der Opposition streitet und so viel Geld verpulvert. Denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

**Beratung für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann**

Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Vom Nutzen einer Waffenschau

Die Luftwaffe ist in Eberswalde eingerollt (einfliegen konnte sie nicht, denn ihre Werbeattraktion, der Tornado, hat nur noch Schrottwert). Mehr noch als die Ausstellung »Unser Heer« (2000) rührte die Luftwaffenschau an alte und aktuelle Empfindlichkeiten. Eberswalde selbst ist immer noch von den Narben gezeichnet, die einer der letzten Einsätze der Nazi-Luftwaffe im April 1945 hinterlassen hat. Dann war da jenes NATO-Manöver, das im Juni 2003 wie ein Gewitter über die ahnungslosen Bürger kam. Wer sich damals nur über den unvermuteten Lärm der Tiefflüge aufregte, konnte nachdenklich werden, als im April 2004 zwei Tornados bei einem Übungsflug infolge Kollision über Schleswig-Holstein abstürzten - immerhin waren das die 40. und 41. deutsche Maschine dieses Typs, die auf solche Weise verloren gingen. Schließlich das »Bombodrom«-Projekt. Von der Luftwaffe hartnäckig betrieben, stößt es auf ausdauernden Widerstand der Brandenburger. Dem mußten jüngst selbst Landtag und Regierungschef Rechnung tragen und sich an die Seite der Bombodromgegner stellen.

Gründe zum Protest gab es also - neben den Vorbehalten gegen die Anköderung der Jugend durch Kriegstechnik - genug. Wie weit aber fand dieser Protest die Unterstützung der Barnimer? Die hundert Teilnehmer der Protestveranstaltung waren das, was man in Eberswalde bei einer öffentlichen Kundgebung erwarten kann, wenn kein ganz außerordentlicher Anlaß vorliegt wie etwa der Ausbruch des Irakkrieges. Die Mahnwache machte allerdings die Erfahrung, daß nicht wenige Besucher der Waffenschau an den Informationen interessiert waren, die sie anbot. Die Zahl der Menschen, die bei dieser Gelegenheit ihre Sympathie für den Protest ausdrückten, betrug ein Mehrfaches der Kundgebungsteilnehmer. Offensichtlich bot die Schau eine Gelegenheit, weit mehr Bürgerinnen und Bürger für die Anliegen der Friedensbewegung zu interessieren, als das bei den bisherigen Veranstaltungen des Eberswalder Friedensbündnisses möglich war.

Das zeigte sich bereits im Vorfeld der Veranstaltung, die spät bekannt wurde, weil sie von der Eberswalder Stadtverwaltung lange verschwiegen worden war. Das »Bündnis für den Frieden Eberswalde« war bis dato fast ausschließlich im Stadtbereich tätig gewesen. Die Luftwaffenschau brachte durch das Entstehen des »Aktionskreises gegen Luftwaffenausstellung« eine personelle Verstärkung der Friedensarbeit in der Stadt. Die Anfragen an potentielle Unterstützer der Proteste fanden aber weit darüber hinaus ein positives Echo im gesamten Barnim und in den Nachbarkreisen. Schließlich reichten die Kontakte des Aktionskreises bis zu den Vertreter der Bürgerinitiative »Freie Heide« in der Prignitz und bis zur Friedensinitiative in Senftenberg, dem nächsten Standort der Ausstellung. Die dort Aktiven werden die Eberswalder Erfahrungen nutzen können. Wie weit dieser Gewinn an Breite von Dauer ist, muß die Zukunft zeigen. Eine stärkere Vernetzung der Friedensgruppen ist jedenfalls wünschenswert. Ein erster Schritt dazu wurde nun getan.

Die Waffenschau brachte die Friedensarbeit stärker als zuvor in die Medien. Der personelle Zugewinn bereicherte auch spürbar die Formen der eigenen Öffentlichkeitsarbeit. Diese Erfahrungen werden der zukünftigen Arbeit nützen. Das verwertbare Angebot an Informationen seitens der Ausstellungsmacher hielt sich dagegen in Grenzen. Wer nur mal einen Rettungsflug sehen oder sich über Berufschancen informieren wollte, kam auf seine Kosten. Weiter reichende Auskünfte, z. B. über die Beschaffungskosten eines Tornados, die Kosten einer Ausstellungsaison oder die Gründe für die vielen Tornado-Abstürze, erhielt man nur schwer oder gar nicht. Zum hartnäckigen Festhalten an Nazi-Idol Bernhard Mölders als Namenspatron einer Luftwaffeneinheit wurde jede Stellungnahme verweigert. Wenn die Friedensgruppen die Ausstellung weiter begleiten, wird deren Leitung wohl etwas gesprächiger werden müssen. Daran werden wir arbeiten!

ROLF RICHTER

Kriegswaffen mietfrei präsentiert

Eberswalde (bbp). »Die Überlassung des Parkplatzes an die Bundeswehr erfolgt entsprechend dem Grundsatz der wechselseitigen persönlichen Kostenfreiheit von Bund, Ländern und Gemeinden kostenfrei«, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann, welche Erlöse der Stadt durch die Zurverfügungstellung des Areals für die Bundeswehrausstellung »Unsere Luftwaffe« zufließen. Ein Entgelt, so weiter in der Antwort, sei lediglich für die Vergabe einer Imbißbewirtschaftung vorgesehen.

Eine zweite Frage lautete: »Welche Kosten entstehen der Stadt aus den notwendigen Maßnahmen zur Absicherung der Veranstaltung?

(In die Kostenaufstellung bitte auch die Personalkosten für die Bereitschaftsdienste der Feuerwehr, eventuelle Einsätze des Ordnungsamtes etc. einbeziehen)« Dazu schrieb die Stadtverwaltung: »Ausgehend von einem störungsfreien und friedlichen Verlauf ist gegenwärtig keine zusätzliche Personalvorhaltung vorgesehen. Dies gilt für alle städtischen Einrichtungen. Ausstellungsbedingte Kosten entstehen demnach nicht.«

Entgegen dieser Versicherung beteiligten sich die Eberswalder Berufsfeuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr Sommerfelde am 23. Mai auf dem Ausstellungsgelände der Kriegswaffenschau an Schauvorführungen.

Heitere Modenschau *auf dem Tornado*

Sanja Milenkovich hatte mehrere nationale Preise in Mathematik gewonnen. Sie ging auf ein mathematisches Gymnasium in Belgrad. Als der Krieg der NATO gegen Jugoslawien begann holten die Eltern ihre Tochter nach Hause, in die kleine Stadt Varvarin, mit 4000 Einwohnern. »Hier bist du sicher«, sagte die Mutter. In Varvarin war der Krieg weit weg. Weit weg im Kosovo, in der Hauptstadt.

Am Pfingstsonntag 1999, es war ein sonniger Tag, ging die 15jährige Sanja mit ihren Freundinnen über die kleine Brücke des Ortes. Die Brücke war so klein, daß immer nur ein Auto herüber paßte. Ich kann mir drei 15jährige Mädchen, an einem sonnigen Morgen, kichernd und albernd, gut vorstellen. Als sie an diesem Tag vor fünf Jahren gegen 13 Uhr über die Brücke gingen, kamen ohne Vorwarnung Flugzeuge der NATO und bombardierten die Brücke. Die kleine Brücke lag völlig in Schutt und Asche. Ein Auto stürzte in den Fluß. Die Menschen aus Varvarin kamen angerannt, um zu sehen und um zu helfen. In dem Buch »Die Brücke von Varvarin« von Gabriele Senft berichten die Bewohner von ihrer Hilfe für das Auto, für die Getroffenen. Zehn Minuten später gab es einen zweiten Angriff der NATO auf die bereits zerstörte Brücke und auf die Helfenden. Die Mutter von Sanja fand ihre Tochter durch Splitter schwer verletzt auf der Brücke. Sanja starb im Krankenwagen auf dem Weg ins Krankenhaus.



Gabriele Senft (links) bei der Eröffnung der Ausstellung »Die Brücke von Varvarin« im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel. Die Ausstellung ist noch bis Juni zu sehen. Foto: A. Triller

Die Eltern nahmen ihre Tochter mit nach Hause und beerdigten sie. Insgesamt starben an jenem 30. Mai 1999 zehn Zivilisten auf und an der Brücke von Varvarin, 30 wurden verletzt, 17 davon schwer. Dem Pfarrer des Ortes hatte man den Kopf weggebombt.

Heute steht die Brücke wieder und ein Denkmal an der Brücke erinnert an das Massaker von Varvarin. An diesem Pfingstsonntag 1999 flog die NATO mehrere solcher Einsätze.

Eine Gruppe der Betroffenen und Hinterbliebenen waren auf Einladung der PDS-Fraktion des Deutschen Bundestages in Berlin zu einer Aussage vor Abgeordneten. Am 24. Dezember 2001 haben die Hinterbliebenen und überlebenden Opfer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht.

Mehr Informationen zur Klage finden Sie unter www.NATO-Tribunal/Varvarin.de.

Am Eingang zur Bundeswehrausstellung hatten wir ein Bild von Sanja befestigt und Informationen über den 30. Mai 1999 verteilt. Am Abend des ersten Tages der Ausstellung fand ein Benefizkonzert im Evangelischen Gemeindezentrum für die Prozeßkosten, mit einem Erlös von 175,00 Euro statt. Und womit warb die Bundeswehr in ihrer Ausstellung? Mit einer »heiteren Modenschau auf dem Tornado«, wie geschmacklos. Als es am Sonntag während der Mahnwache regnete, da sah das Bild von Sanja so aus, als wenn sie weinen würde.

HARTWIN SCHULZ

»Diese Waffenschau ist überflüssig«

»Es gibt keinen Weg zum Frieden, wenn nicht schon der Weg Frieden ist«,

Martin Luther King

Das Fünfte Gebot »Du sollst nicht töten« schließt für mich auch ein: nicht lernen, zu töten. Das, was im Ernstfall alle Bundeswehrsoldaten tun müssen.

Schon Brecht hat gesagt: Ohne kleine Leute, keine großen Kriege. Sicher sind unter heutigen Bedingungen Armeen noch eine Notwendigkeit, auch wenn ich mir als Christ wünsche, es könnte anders sein. Aber dann müssen wir die Dinge auch tatsächlich anders angehen. Und ich halte es für überflüssig, daß auch noch Waffen auf solchen Schauen gezeigt werden. Ich denke, das für solche Waffenschauen verwandte Geld könnte besser investiert werden z.B. in Schulen, in denen gelernt wird, Methoden zu entwickeln, die Gewalt verhindern. Wo man sich mit Religionen auseinandersetzt, mit Weltwirtschaftsdingen auseinandersetzt und seinen Blick weitert, um zu lernen, wo sind eigentlich die Ursachen dieser Konflikte. Mit Gewalt, davon bin ich überzeugt, kann man keine Konflikte lösen. Weder in der Familie, noch auf der Straße, noch indem man Bomben wirft. Und das tun die Tornados, das haben sie

getan in Jugoslawien. Und eine dieser Maschinen steht hier – ich halte das für überflüssig.

Der Weg zum Frieden braucht das Gespräch, braucht den Dialog. Wir haben das hier in diesen Tagen versucht, sind mit vielen Leuten ins Gespräch gekommen. Das ist wichtig, gut und richtig und diese Gespräche müssen weitergeführt werden.

Zum Abschluß des Friedensgebetes schrieben die Teilnehmer ihre Hoffnungen und Wünsche auf kleine Zettel, die sie an ein großes Holzkreuz nagelten, das anschließend dem Leiter der Luftwaffenausstellung übergeben werden sollte. Dieses Ansinnen scheiterte allerdings bereits an den Feldjägern, die den weit vorgeschobenen Eingang zur Ausstellung bewachten. Mit den Worten: »Sie werden jetzt sicherlich nicht das Kreuz über die Ausstellung tragen«, wurde die kleine Prozession aufgehalten. Pfarrer Hartwin Schulz kommentierte das so: »Sie verweigern also dem Kreuz Jesu und einem evangelischen Pfarrer den Zugang zu Ihrer Ausstellung! Da merken wir, wo das deutsche Militär gelandet ist.« Schließlich wurde gestattet, das Kreuz an dem Sperrzaun vor dem Zugang anzubinden.

Und es ist eigentlich auch ein Witz, daß hier solche Hubschrauber aufsteigen, was sonst verboten ist, so dicht über dem Stadtgebiet – aber die Bundeswehr, die kann's ohne Probleme. Das finde ich schon sehr merkwürdig... (die weiteren Worte gehen im Hubschrauberlärm unter)

Rede von Pfarrer MARTIN APPEL auf dem Friedensgebet zur Kriegswaffenschau



Der Bürgermeister und die Tiefflieger

Im Zusammenhang mit der NATO-Übung »Clean-Hunter« im vergangenen Jahr gingen in der Stadtverwaltung zahlreiche Beschwerden wegen der Tiefflüge von Düsenjägern über dem Stadtgebiet ein. Bürgermeister Schulz »kann die Ängste und Verärgerungen der Bürgerinnen und Bürger sehr gut nachvollziehen«. Er schrieb dazu im Amtsblatt: »Außer zum ohrenbetäubenden Lärm äußerten auch viele Bürger ihre Angst darüber, daß es angesichts der geringen Höhe und der waghalsigen Verfolgungsmänöver zu einem Absturz über bewohntem Gebiet kommen könnte. Zahlreiche ältere Mitbürger fühlten sich an die Zeit des 2. Weltkrieges erinnert. Meine Mitarbeiter konnten sie leider auch nur an das zu dem Zeitpunkt hoffnungslos überlastete Bürgertelefon

des Luftwaffenamtes Köln verweisen oder die Beschwerden dorthin übermitteln. Ich habe aber den Unmut der Bürgerinnen und Bürger zum Anlaß genommen, direkt beim Verteidigungsministerium zu intervenieren und werde auch die Stadtverordneten bitten, mich zu unterstützen in meinem Anliegen.«.

Es war Wahlzeit und Schulz wollte wiedergewählt werden. Da machte es sich gut, wenn man sich der Sorgen und Ängste der Bürger annimmt. Im Schreiben an den Verteidigungsminister im Juli 2003 ging es dann schon bescheidener nur noch um rechtzeitige Information: »Als Bürgermeister nehme ich die Sorgen und Ängste meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger natürlich sehr ernst. Ich weiß um die Bedeutung der Flugmanöver, möchte aber doch die Bitte an Sie richten, bei zukünftigen Einsätzen dieser Art nach Möglichkeit langfristiger informiert zu werden und präzisere Angaben über Zeit und betroffene Luftkorridore im Vorfeld erhalten zu können. Das würde mir die sachliche Information der Bürgerinnen und Bürger erleichtern und Fehlinterpretationen vermeiden helfen.« (BBP 8 und 9/2003)

Schon bei der Bundeswehrausstellung »Unser Heer« in Eberswalde im Jahr 2000 hatte es geharnischte Proteste gegeben. Im Jahr zuvor waren im Kreistag Debatten um einen militärfreien Barnim geführt worden. Mindestens ein diffiziler Umgang mit dem Thema war angesagt. Statt die Stadtverordneten im Vorfeld zu befragen, behandelte der Bürgermeister eine in Eberswalde vorgesehene Luftwaffenausstellung als Geschäft der laufenden Verwaltung und die Abgeordneten erhielten erst auf Nachfrage davon Kenntnis. Unter dem Druck bereits abgeschlossener Verträge mit der Bundeswehr wurde ein Antrag auf Absetzung der Ausstellung mit 17 Ja- gegen 13 Neinstimmen abgelehnt. Der Bürgermeister, nun wiedergewählt, sieht keine Probleme mir der Ausstellung.

Restriktionen gegen Proteste

Wer nun annahm, der Protest gegen die Luftwaffenausstellung werde als demokratisches Recht der Bürger mit entsprechendem Respekt behandelt, wurde enttäuscht. Der Aktionskreis Barnim hatte Proteste gegen die Luftwaffenausstellung angekündigt. In legitimer Nutzung der demokratischen Rechte und im Rahmen der entsprechenden Rechtsvorschriften. Von Anfang an suchte der Aktionskreis die Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei und ein Einvernehmen mit der Stadt. Die Art des Umgangs mit den Protestierenden gibt jedoch zu denken.

Lange war nicht zu erfahren, wie das Gelände des Parkplatzes Chemische Fabrik durch die Ausstellung in Anspruch genommen wird. Bei einem Lokaltermin mit Polizei und Stadtverwaltung wurde dem Aktionskreis schließlich

mitgeteilt, daß die Ausstellung das gesamte Gelände bis an den Fußweg an der Eberswalder Straße in Anspruch nehme. Die vom Aktionskreis geplante Mahnwache sollte am Straßenrand und die Kundgebung sowie das Friedensgebet auf der Busspur der Eberswalder Straße stattfinden. Nach dem Einspruch des Aktionskreises stellte man eine Prüfung in Aussicht, ob sich die Luftwaffenausstellung während der Kundgebung und dem Friedensgebet soweit zurückziehen könne, daß die Parkplatzzufahrt zum Teil von den Demonstranten genutzt werden kann. Der Ordnungsamtsleiter zeigte sich hoffnungsvoll, daß dies möglich sein werde.

Doch am Tag vor der Eröffnung hieß es plötzlich, daß es kein »Entgegenkommen« gebe. Als Vorwand wurden Beschädigungen und die teilweise Entfernung von Werbeschildern der Ausstellung herangezogen, zu denen es in der Nacht vor dem Termin gekommen sei. Außerdem sei in der Parkplatzzufahrt mehrfach das Wort »NO« und durchgestrichene Flugzeugsymbole auf den Asphalt gesprüht worden. Ohne jeden Beweis für den Zusammenhang dieser Form der Proteste mit dem Aktionskreis wurde das »Entgegenkommen« aufgekündigt. Die Ausstellungsleitung bestimme »nunmehr auf dem mit der Stadt abgeschlossenen Vertrag zur Nutzung des Platzes«.

Eine Reihe von Auflagen schränkten die Demonstration deutlich ein. Für die Kundgebung und das Friedensgebet blieb nur der Platz in der (früheren) Busspur. Die Lautsprecher durften nicht in Richtung Ausstellung zeigen. Eingezwängt zwischen dem zweispurigen Autoverkehr im Rücken und dem freizuhaltenden Fuß- und Radweg mußten sich die Redner gegen den fließenden Autoverkehr und gegen den Hubschrauberlärm durchsetzen.

Im direkten Gespräch mit Bürgermeister Schulz wurde noch versucht, eine akzeptable Lösung zu erreichen. Der teilte jedoch nur mit, er werde seinen Dezenten beauftragen, die Sache noch einmal zu prüfen. Erwartungsgemäß kam wenig später vom Dezenten die Aussage, daß die Luftwaffenausstellung auf ihrem Mietvertrag bestehe.

Fast wären dem Aktionskreis für die aufgehängten Plakate noch Gebühren in Rechnung gestellt worden. Eigentlich wolle man vor der 750-Jahrfeier keine Plakate (außer für die anstehenden Wahlen) mehr aufhängen lassen, hieß es.

Bürgermeister Schulz hielt sich am Sonntag Nachmittag (23.5.) im Gelände der Luftwaffenausstellung auf. Er betrat und verließ das Ausstellungsgelände in unmittelbarer Nähe der Mahnwache. Er demonstrierte sein Verständnis von einem Demokraten und dem »Meister aller Bürger«, indem er die Mahnwache schlicht ignorierte.

ALBRECHT TRILLER

Tiefflieger

Mein großer Bruder is'n Tiefflieger
Er hat ne Schwäche für Lärm
Und sein Talent zum Intensivkrieger
Ist nicht zu überhörn

Mein großer Bruder is'n Tiefflieger
Bei der Bundeswehr
Er macht ne Ausbildung zum Kriessieger
In nem Düsenbombär

In seinem Overall
Spielt er den Luftmarschall
Dann fliegt er jedesmal
Diagonal
Durch unser grünes Tal
Und übt den Überfall
Auf unsern Hühnerstall
Mit Überschall

Mein großer Bruder is'n Tiefflieger
Da ist der Tod Passagier
Mit seinem Leben spielt er viel lieber
Als mit mir

Ich hör den Bomberton
Sehn Sie, da kommt er schon
In seinem Schleudersitz
Wie'n Feuerblitz
Über den Hühnerstall
Durchbricht er gern den Schall
Dann staunt das ganze Tal
Hat der'n Knall?

Mein großer Bruder is'n Tiefflieger
Er hat ne Menge Verkehr
Macht er'n Fehler, kommt er nie wieder
Dann freun die Hühner sich sehr

Ein Lied der CD »Ich bau euch ein Lied« von KUNO & Die Trällerrasseln (1998); Text und Musik: Christian »Kuno« Kunert. Christian Kunert gehört seit 1972 als Keyboarder, Sänger und Komponist zur Klaus-Renft-Combo, die 1975 in der DDR verboten wurde. Nach seiner Ausweisung aus der DDR trat er von 1977 bis in die 90er Jahre gemeinsam mit dem Renft-Texter Gerulf Pannach als Duo auf, nach 1990 auch wieder mit der Klaus-Renft-Combo.

Freude und Trauer

Durch die Lautsprecher dröhnte eine Sondermeldung: »Ein im atlantischen Ozean operierender deutscher Schiffsverband hat am Morgen des 24. Mai 1941 bei Island den englischen Schlachtkreuzer 'Hood' versenkt. Der Verband setze daraufhin seine Operation fort. Es gab keine Personalverluste.«

Dieser deutsche Schiffsverband bestand aus dem Schlachtschiff »Bismarck« und dem schweren Kreuzer »Prinz Eugen«. Später wurden Einzelheiten bekannt gegeben. Daß die »Hood« das größte Kriegsschiff der Welt gewesen und in fünf Minuten untergegangen sei. Nach einer einzigen Salve der »Bismarck«.

Die Radiohörer an den Volksempfängern jubelten. Nach den Blitzkriegen gehörte fast ganz Europa zum Machtbereich des großdeutschen Reiches. Nun ging's den Engländern an den Kragen. Das war der Sieg! Noch Tage später kündeten die Zeitungen davon. Es wimmelte nur so von »Bismarck«-Artikeln. Die »Volksgenossen« waren außer sich vor Freude. Das Schlachtschiff »Bismarck« wurde zur Legende.

Auch an der Eberswalder Westend-Schule, in der ich damals die vierte Klasse besuchte, feierte man diesen »gigantischen« Sieg der »Bismarck«. Wie viele andere, hörte auch ich den Namen dieses Schiffes zum erstenmal. Auf den Straßen und in den Geschäften gab es nur ein Thema: Die Versenkung der »Hood« durch die »Bismarck«. Nach nur fünf Minuten! Durch eine einzige Salve! Ausgelöscht in Sekunden mit der gesamten Besatzung!

Während in England Trauer herrschte, hörte der Jubel in Deutschland nicht auf. Dachte niemand an die vielen Toten auf dem englischen Schiff? An die Trauer in den Familien um den Vater, Bruder, Sohn, Enkel und Neffen? An die Grausamkeit des Krieges? Und daß den eigenen Schiffen das gleiche Schicksal passieren könnte? Daß dies sogar nicht mehr weit ab war und der Tod seine Fühler vielleicht jetzt schon ausstreckte?

Aber nicht doch die »Bismarck«, sagte man. Doch nicht auf diesem unsinkbaren Schiff, das mit jeder Granate trifft!

Doch eines Tages wollte jemand gewußt haben, daß auch die »Bismarck« einen Treffer bekommen hatte. Einen schwerwiegenden und verhängnisvollen Treffer. Und wieder sagten sich die Menschen: Unser Schiff? Die »Bismarck«? Das kann nicht sein. Denn dieses Schiff war doch unverwundbar und unsinkbar. Das stärkste und modernste Schlachtschiff der Welt. Bald würde man von neuen Siegen hören und lesen.

Das Englandlied dröhnte durch die Radios. Die Tage vergingen im Siegestaumel. Während die Faust des Krieges begann, zurückzuschlagen. Denn die »Bismarck« hatte sogar drei Treffer erhalten. Bald las man neue Schlagzeilen in der Zeitung: »Unser Schlachtschiff 'Bismarck' steht erneut im schweren Kampf gegen überlegene englische Seestreitkräfte.«

Das besagte noch nicht viel. Unser Schiff wird das schon machen, tröstete man sich und schaute zuversichtlich drein. Aber als geschrieben stand: »Sechszehn gegen die 'Bismarck'«, da sah die Sache schon schlimmer aus. Und dann sah ich das kleine Bild von der »Bismarck« auf der Zeitungsseite. Auch von der »Hood« hatte die Zeitung nach dem Untergang ein Bild abgedruckt, nur daß es größer war. Ich ahnte schlimmes.

Noch aber stand die »Bismarck« laut dem Zeitungsbericht in schwerem Kampf. Das nährte die Hoffnung auf einen siegreichen Ausgang. Daß die »Bismarck« zu diesem Zeitpunkt längst auf dem Grund des Meeres lag, das wußte in der Heimat noch niemand. Erst tags darauf sickerte die Nachricht durch. Die neue Schlagzeile hieß: »Heldenkampf bis zur letzten Granate«. Ich konnte es immer noch nicht fassen und fragte meine Mutter. Mit verweinten Augen sagte sie: »Unser Schiff ist auch untergegangen. Die ganze Besatzung ist weg.« Für mich brach eine kindliche Welt zusammen. Die heldenhafte »Bismarck« war nicht mehr!

Damals wurden keine Einzelheiten über den Untergang des Schlachtschiffes bekannt gegeben. Erst nach Kriegsende erfuhr ich den ganzen Ablauf.

Nach dem Untergang der »Hood« setzten die Engländer mehrere Flottenverbände ein, um die »Bismarck« wiederzufinden. Darunter befanden sich 5 Schlachtschiffe, 2 Schlachtkreuzer, 2 Flugzeugträger, 14 Kreuzer und Zerstörer sowie Küstenfliegerkräfte. Am 26. Mai wurde die »Bismarck« von einem Aufklärungsflugzeug entdeckt. Noch am Abend wurde die »Bismarck« von Torpedoflugzeugen angegriffen und schwer beschädigt. Die Artillerietreffer der inzwischen herangeführten britischen Schlachtschiffe »King George V« und »Rodney« setzten der »Bismarck« am Morgen des 27. Mai weiter zu. Um 10.36 Uhr wurde der Stolz der deutschen Marine durch 3 aus geringer Distanz abgefeuerten Torpedos des Kreuzers »Dorsetshire« versenkt.

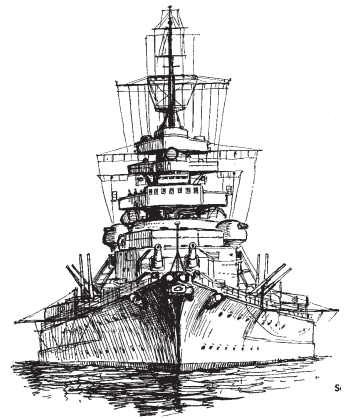
In der Heimat trauerte man über den Verlust von mehr als 2000 Bismarckfahrern. Nun wußte man auch hier die Schrecken des Krieges zu verstehen, nachdem kurz zuvor der Tod der 1.400 Seeleute auf der »Hood« noch Jubel ausgelöst hatte.

Zwei der größten Kriegsschiffe der Welt lagen auf dem Meeresgrund. Das eine flog in die Luft und riß seine Männer in Sekunden mit sich, während das andere nach stundenlangem Totenkampf stückweise zerschlagen wurde und unterging. Es liegt heute noch so wie es auf dem Meeresgrund aufschlug in 4700 m Tiefe, wo man es im Jahre 1989 entdeckte.

Die Freude über die Blitzsieg begann zu schwinden.

Die Trauer aber, die Trauer über die sinnlosen Opfer eines sinnlosen Kriegs ist geblieben.

KURT GEMPIN



»Eberswalder Bekenntnis« für Kriegswaffenschau

Eberswalde (bbp). Der Verband der Reservisten der Bundeswehr (VdRBw) sammelte während der Kriegswaffenausstellung in Eberswalde Unterschriften für ein »Eberswalder Bekenntnis«. Zu den Erstunterzeichner gehörten neben Mitgliedern der Reservistenkameradschaft sowie einem General und einem Obristen der Bundeswehr der Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz, sein Beigeordneter Uwe Birk, der CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzende Danko Jur, der Landtagsabgeordnete und Eberswalder CDU-Direktkandidat Thomas Lunacek, Sparkassenchef Josef Keil (hier als

Synodaler der ev. Kirche) und die beiden SPD-Stadtverordneten Rainer Kriewald und Jürgen Kumm.

Dieses »Eberswalder Bekenntnis« hat folgenden Wortlaut:

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Bundeswehr als eine notwendige Armee in einem demokratischen Staat. Innerhalb des internationalen Verständigungsprozesses mit der Völkergemeinschaft der ganzen Welt ist unser Staat eingebunden in die Entwicklung von nationalen zu internationalen Sicherheitsinteressen. Als Bürger der Bundesrepublik begrüße

ich, daß die Einsätze unserer bewaffneten Streitkräfte nicht von der militärischen Führung allein entschieden werden können. Für das notwendige kritische Vertrauen in die Kontrolle durch die demokratisch gewählten Vertreter sind auch Diskussionen innerhalb der politischen Bildung der Bundeswehrangehörigen und mit andersdenkenden Bürgergruppen einschließlich deren Demonstrationen notwendig. Mit meiner Unterschrift wende ich mich auch gegen unsachliche pauschale Bezeichnungen der Bundeswehr und der im Dienst für Frieden stehenden Bundeswehrangehörigen.

Aus der Arbeit des Ortsbürgermeisters Finow

Ortsbegehung *brachte Probleme an den Tag*

Finow (at). Am 28.4.04 fand in der Feuerwache die zweite Einwohnerversammlung der neuen Legislaturperiode im Ortsteil Finow statt. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung der Ortsbegehung am 6.4. und Fragen zur Ortsteilentwicklung in Finow, Auswirkungen des Stadumbaus auf den Ortsteil Finow sowie Informationen über wichtige Entscheidungen der StVV (darunter zu Garagen, Hauptsatzung, Geschäftsordnung, Verordnung zu Sicherheit und Ordnung). Dreißig Finower Einwohner sowie fünf Vertreter aus verschiedenen Ressorts der Stadtverwaltung nahmen an der Versammlung teil. Das lokale Tagesblatt druckte die Einladung ab, nahm aber sonst keine Notiz von der Versammlung.

Ortsbürgermeister Albrecht Triller informierte über die bisherigen Schwerpunkte aus den wöchentlichen Sprechstunden und die sich daraus ergebenden Aktivitäten wie: Kinderspielplatz Lindenstraße, Jugendtreff Finow, Straßen und Wege in Finow, Stadtpark Finow, Garagen- und Erholungsgrundstücke.

Ortsbegehung in Finow

In Vorbereitung auf die Einwohnerversammlung hatte Anfang April eine Begehung im Ortsteil stattgefunden. Daran nahmen elf Mitglieder des Ortsrates Finow, zwei Finower Stadtverordnete und Frau Köhler vom Bauamt der Stadt teil. Zum Protokoll der Begehung gab in der Einwohnerversammlung Frau Leuschner vom Bauamt eine erste Stellungnahme ab. Inzwischen liegt eine schriftliche Stellungnahme zu allen Punkten vor. Zu einigen Schwerpunkten des Begehungprotokolls und der Diskussion in der Einwohnerversammlung:

Sowjetisches Ehrenmal /ehemaliger Stadtpark

Das Denkmal ist in einem erbarmungswürdigen Zustand. Das Umfeld wird unangemessen genutzt. Eine Grundinstandsetzung wäre wünschenswert, ist aber wohl zu aufwendig. Der Entfernung des Denkmals könnte zugestimmt werden, wenn dies rechtlich zulässig ist (Zwei plus Vier-Vertrag). Die Tafel zur Erinnerung an die abgestürzten Piloten sollte dann der Luftfahrthistorischen Sammlung zugeordnet werden. Die Tafel mit den Namen der bei der Munitionsentsorgung zu Tode gekommenen Soldaten könnte am Großen Stern angebracht werden. Horst Brandenburg, der an der Begehung teilnahm, schilderte Erinnerungen aus eigenem Erleben. Danach ereignete sich das Explosionsunglück auf dem Hof des ehemaligen Stadt-Café (heute Schnitzelkönig) an der Biesenthaler Straße. Der Rest des Denkmals sollte geschliffen werden. Die gesamte Anlage sollte als kleiner Stadtpark wiedererstehen. Eine Vergrößerung des Schulhofs zuletzt dieser Fläche ist nicht wünschenswert, eine Mitnutzung und Mitgestaltung des Stadtparks durch die Schule aber sehr.

Telekomstraße

Der Ortsbürgermeister trug dazu vor, daß die Wiederherstellung der »Telekomstraße« problematisch sei, weil sie ein Ökosystem durchtrenne. Für den Einsatz der dafür notwendigen finanziellen Mitteln sieht er andere Prioritäten. Sofern überhaupt Mittel für den Straßenbau eingesetzt werden können, sollten innerstädtische Straßen den Vorrang haben.

Die Unterbrechung der Ortsverbindung Finow-Biesenthal erfolgte erst durch die von Biesenthal her begonnenen Straßenbauarbeiten. In einem ersten Schritt wäre eine Reparatur der Straße in ihrem derzeitigen Ausbaustand zu erwägen, wobei gegebenenfalls Ausweichstellen eingerichtet werden können (Das Ausweichen im Begegnungsfalle ist derzeit durch hohe Absätze am Fahrbahnrand erschwert). Danach könnte die Straße wieder für den öffentlichen Verkehr für Fahrzeuge bis 3 t und Beschränkung auf 50 km/h freigegeben werden. Ein Ausbau der Straße über die Funktion als Ortsverbindung hinaus erscheint nicht vertretbar.

Von mehreren Einwohnern wurde der grundsätzliche Ausbau der Telekomstraße für notwendig gehalten. Es gibt die verbreitete Meinung, daß man solche Fragen entsprechend den Mehrheitsinteressen entscheiden müsse. Dabei wird allerdings verkannt, daß die negativ betroffenen Minderheiten einen Anspruch auf den verfassungsmäßigen Schutz ihrer Rechte haben, was einen entsprechenden Interessenausgleich erforderlich macht.



Norma-Markt an der Kreuzung B167/Specht-hausener Straße

Die Entwicklung der Stadt Eberswalde unter Berücksichtigung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung erfordert eine Konzentration auf die Entwicklung der Innenstadt mit einer ausgewogenen Entwicklung der Stadtteile. Vor diesem Grundsatz muß die Entwicklung von freien Flächen zwischen den Stadtteilen zurückstehen. Die Errichtung des Norma-Marktes geht zu Lasten der Entwicklung des Brandenburgischen Viertels und des Ortsteiles Finow und wird deshalb abgelehnt. Die neu gewählte StVV sollte den früher gefaßten Beschluß überprüfen und aufheben.

Durchgang vom Brandenburgischen Viertel zu Neckermann

Es gibt, wie die Trampelpfade zeigen, ein größeres Bedürfnis der Bewohner des Bran-

denburgischen Viertels, über die Bahnlinie hinweg in Richtung Neckermann und Aldi, bzw. zu den Garagen unter der Hochspannung zu gehen. Es sollte geprüft werden, ob von der Prignitzer Straße eine Zufahrt zum Garagenkomplex 179/182, zugleich als Wegeverbindung zu Neckermann/Aldi, geschaffen werden kann. Diese würde auch die Probleme bei der Ausfahrt vom Parkplatz Neckermann auf die Eberswalder Straße verringern. Die dazu erforderlichen Maßnahmen könnten sich auf die Anbindung an die Prignitzer Straße und Herstellung einer einfachen Überfahrtsmöglichkeit über die Gleise beschränken.

Weitere Diskussion nötig

Die aus der Sicht des Ortsteils formulierten Erfordernisse bedürfen der weiteren Diskussion mit der Stadtverwaltung. Selbstverständlich kann und muß sich Ortsteilentwicklung im Rahmen gesamtstädtischer Entwicklung vollziehen. Unter diesem Gesichtspunkt gilt es, nach Übereinstimmung der Interessen von Stadt und Stadtteil und nach Möglichkeiten der Realisierung zu suchen. Es ist anzuerkennen, daß einige im Begehungprotokoll aufgezeigten Erfordernisse schon Tage später durch die Stadt in Angriff genommen wurden.

Ortsbürgermeister Triller informierte in der Einwohnerversammlung auch über seine Bemühungen, in Finow einen Jugendtreff einzurichten. Anstoß dafür gab die mißbräuchliche Nutzung der Kinderspielplätze durch Jugendliche. Als Jugendtreff war mit der Stadt die ehemalige Zweigstelle der Bibliothek in der Fritz-Weineck-Straße im Gespräch. Im Ergebnis der Gespräche mit den Jugendlichen wurde erreicht, daß eine Gruppe von 10 bis 15 Jugendlichen jetzt die Räume im Begegnungszentrum Bahnhofstraße nutzen. Ob dies schon die ganze Lösung sein kann, so Triller, müsse abgewartet werden. Es sei aber die richtige Lösungsrichtung. Untauglich sind dagegen Versuche, Jugendliche durch Verbote und Androhung von Geldbußen von Spielplätzen zu vertreiben. Der Abbau von Bänken, wie bei den Kinderspielplätzen in der Fritz-Weineck-Straße und am Kopernikusring richtet sich letztlich gegen die Eltern der dort spielenden Kinder.

Die StVV hat eine neue Hauptsatzung und Geschäftsordnung beschlossen, in der »die Belange der Ortsbürgermeister völlig ungenügend berücksichtigt« wurden. Thematisiert wurde auch das Problem der Zensur von Beiträgen der Ortsbürgermeister für das Amtsblatt (siehe Seite 2). Da der Ortsbürgermeister von Finow nicht bereit ist, seinen Beitrag zensieren zu lassen, wird im Amtsblatt Juni kein Beitrag von ihm erscheinen. Zudem lasse die Beschränkung des Beitrages auf 1020 Zeichen eine Veröffentlichung zur Farce werden.

Benzinpreise *und* **Bush's Wahlkampf** Wirtschaftsfaktor Wind

Völlig ohne Zutun der Grünen nähern wir uns derzeit mit großen Schritten dem von den Umweltschützern vorgeschlagenen Preis von fünf Mark pro Liter. Die Autofahrernation empört sich. Die Medien berichten über Benzinhamsterfahrten ins Polnische, interviewen Kundenmangel beklagende Tankstellenpächter und natürlich Autofahrer, die mit drastischen Worten die Regierung wegen der Ökosteuer beschimpfen. Manchmal wird auf die Zusammenhänge zwischen Ölpreis und allgemeiner Konjunktur hingewiesen. Aber über Ursachen und Hintergründe der Ölpreisturbulenzen erfährt man nichts.

Die Endlichkeit der Ressourcen, der Energiehunger der boomenden Industrien in China und Indien spielt eine Rolle, kann aber nicht die gegenwärtigen Übertreibungen erklären. Auch der Krieg im Irak gehört sicherlich zu den fundamentalen Gründen für steigende Ölpreise. Das entstandene Chaos im Irak wird dauerhaft dafür sorgen, daß die riesigen Ölreserven des Iraks weiterhin vom Weltmarkt ferngehalten werden. Die Bemühungen des Diktators Saddam Hussein, den Öllexport zu erhöhen, und das auch noch auf Euro-Basis, dürften zu den wichtigsten Gründen gehören, weshalb sein Regime weggebombt wurde. Eine weitere grundlegende Ursache liegt im hohen Haushalts- und Außenhandelsdefizit der USA, das die Wertstabilität des Dollars belastet in dem ja bekanntlich der weltweite Ölhandel abgewickelt wird.

Das alles kann allerdings die gegenwärtigen Rekordhöhen nur zum Teil erklären. Wichtiger für die aktuelle Entwicklung dürften die massiven Ölkäufe der US-Regierung in Rotterdam und anderswo sein. Zu Beginn des Irakkrieges befanden sich die strategischen Ölreserven der

USA auf einem sehr niedrigen Niveau. Inzwischen sind die Tanklager fast bis zum Rand gefüllt. Seit längerem fordern die Demokraten von der Bush-Regierung, sie solle mit Teilen der Ölreserven auf dem Ölmarkt intervenieren. Nachdem sich der Ölpreis einige Tage etwas schwächer zeigte äußerte sich Bush am 20. Mai zu den strategischen Ölreserven. Mit der Begründung, die USA befänden sich im Krieg und dafür brauche man diese Reserven, lehnte er einen Teilverkauf der strategischen Reserven kategorisch ab. Vielmehr wird, trotz der hohen Preise, weiter Öl aufgekauft.

Ein Sinken des Ölpreises paßt derzeit offenbar noch nicht ins Kalkül. Auch wenn, oder gerade weil, die Ölpreise sehr stark auch die Binnenkonjunktur in den USA belasten. Beobachter gehen davon aus, daß die USA etwa drei bis vier Monate vor den Präsidentschaftswahlen – also irgendwann Mitte des Sommers – beginnen werden, die angesammelten Ölreserven wieder in den Markt zu geben. In der Folge wäre ein Einbruch der Ölpreis zu erwarten, was den USA kurzfristig eine prosperierende Binnenkonjunktur beschere würde. Das könnte die Wiederwahl Bush's als Präsident garantieren. Juli/August wäre auch ein guter Termin, der Öffentlichkeit die Gefangennahme Bin Ladens zu präsentieren oder aber zumindest mit dem Prozeß gegen Saddam Hussein zu beginnen. Der Skandal um die Gefangenenfolterungen im Irak kam ja noch rechtzeitig an die Öffentlichkeit, um bis zur Präsidentschaftswahl wieder vergessen zu werden.

Richten wir uns also auf eine Urlaubs- und Reisezeit mit hohen Spritpreisen ein. Auf Trost kann die deutsche Autofahrerseele erst im Herbst hoffen.

GERD MARKMANN

Strom aus Windkraft immer billiger

Hamburg (greenpeace). Der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde Strom aus Windkraft wird kontinuierlich sinken – wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft. Zu diesem Ergebnis kommt die Zukunfts-Studie »Windstärke 12«, die Greenpeace und die Europäische Windenergie-Vereinigung EWEA auf der Fachmesse »WindEnergy 2004« in Hamburg vorstellen. Sie prognostiziert der Branche für die nächsten zehn Jahre ein jährliches Wachstum von 25 Prozent. Dabei entstehen weltweit über zwei Millionen neue Arbeitsplätze. Damit dieses »Windwirtschaftswunder« eintritt, fordern Greenpeace und die EWEA, die Benachteiligung der Windkraft gegenüber herkömmlichen Kraftwerken zu beseitigen. »Hindernisse für die Windkraft sind vor allem ein erschwelter Netzzugang und bürokratische Hürden«, sagt Corin Millais, Geschäftsführer der EWEA. »Wenn diese Hindernisse beseitigt werden, kann die Windindustrie bis zum Jahr 2020 ihren Umsatz verzehn-

fachen, von jetzt acht auf 80 Milliarden Euro.« Dementsprechend fordert der Greenpeace-Energieexperte Sven Teske, »Klotzen statt Kleckern«. Mit Anlagen auf See könnte in der BRD der Anteil der Windenergie von fünf auf 15 Prozent verdreifacht werden.

»Windstärke 12« zeichnet die weltweite Entwicklung der Windkraft unter optimalen Bedingungen bis 2020 auf. Der Anteil an der Stromversorgung könnte auf zwölf Prozent steigen. Weil mehr produziert wird, sinkt der »Gestehungspreis« an den günstigsten Standorten von heute 3,79 auf 2,45 Euro-Cent pro Kilowattstunde. Wegen wachsender Turbinengrößen werden weniger Anlagen erforderlich sein, die insgesamt rund elf Milliarden Tonnen Kohlendioxid einsparen, weil sie konventionelle Kraftwerke ersetzen.

Die Studie geht davon aus, daß die OECD-Staaten führend beim Neubau von Windrädern sein werden, insbesondere die USA (176 Milliarden Euro Investitionen) und Europa (131

Milliarden). Aber auch China wird mit 105 Milliarden einen bedeutenden Beitrag leisten. Als wichtige politische Voraussetzung für diesen Boom nennt die Studie unter anderem ein Gesetz, das die Einspeisung und Vergütung von sauberem Strom regelt, wie etwa das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) in Deutschland. Auch Dänemark, Spanien und Frankreich haben mit entsprechenden Gesetzen gute Erfahrungen gemacht. Die Subventionierung von Atom- und Kohlekraftwerken muß beendet werden, weil sie den Wettbewerb verzerrt. Zudem sollten Regierungen Ziele festlegen, wie hoch der Anteil sauberer Energie in Zukunft sein soll. Hier ist besonders die EU gefordert, mit gutem Beispiel voran zu gehen und sich ein gesetzlich verbindliches Ziel zu setzen: mindestens 20 Prozent Erneuerbare Energien bis 2020. Die Industrieländer müssen ein Programm verabschieden, um die Entwicklungsländer beim Aufbau einer sauberen Energiewirtschaft zu unterstützen.

Trampe (bbp). Zur Beratung des Energiesparkontor Barnim e.V. am 28. April hatte der Windanlagenhersteller REPOWER in seinen Betriebssitz in Trampe eingeladen. Der Geschäftsführer Herr Knaak erläuterte das Produktionsortiment der Firma. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 188 Windkraftanlagen aufgebaut. Die derzeit gebauten Anlagen haben eine Leistung von fünf Megawatt. Mittels Video und später direkt in der Produktionshalle wurde der Fertigungsprozeß erläutert. Gezeigt wurde u.a. die Montage von Anlagen des Typs MM 70 mit zwei MW Leistung und des Typs 5M mit fünf MW Leistung. Der Typ 5M wartet mit einer Blattlänge von 60 Metern auf und ist 120 Meter hoch. Auch das ist ein Grund, daß die Bundesrepublik inzwischen nach Einschätzung des Repower-Geschäftsführers an seine Grenzen für Standorte für Windkraftanlagen stößt. Der Trend gehe deshalb hin zur Fertigung von Anlagen für das Ausland.

Von Bedeutung hat die Windkraft aber auch in Eberswalde. So speisen die Stadtwerke Eberswalde derzeit ca. fünf bis acht Prozent des Stromes aus Windkraftanlagen ein. Hinzu kommen weitere 35 Prozent aus Gaskraftwerken mit umweltfreundlicher Kraft-Wärmetechnik. Außer beim Windradproduzenten in Trampe spielt die Windkraft auch im Produktionsprofil anderer Firmen der Region eine wichtige Rolle. Wie Wolfgang Haberzettl, Geschäftsführer der auf dem Kranbau beheimateten DER/CON Großwälzlager GmbH, Anfang Mai auf dem »MittelstandsDialog« mit Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns in Britz informierte, machen in seiner Firma die Zulieferungen für Windanlagen inzwischen sechzig Prozent des Produktionsumfangs aus.

Neunter Umweltpreis

Anlässlich des Weltumwelttages am 5. Juni loben Bündnis 90/Die Grünen bereits zum neuntenmal einen Umweltpreis aus. Der Preis ist mit 750 Euro dotiert und wird nochmals von der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, Dorothea Martin, und dem Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen gestiftet. Prämiiert werden besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz der Natur, bei der Verbesserung unserer Umweltsituation und in der Umweltbildung. Mit Unterstützung des Energiesparkontor Barnim e.V. wird außerdem ein Sonderpreis in Höhe von 150 Euro für herausragende Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien verliehen.

Bis zum 4. Juni können Vorschläge oder Eigenbewerbungen eingereicht werden. Teilnahmeberechtigt sind Einzelpersonen, Gruppen und Vereine. Insbesondere Projekte mit Kindern und Jugendlichen rufen wir zur Bewerbung auf. Die Anträge mit einer anschaulichen Darstellung der Projekte bitte an: Bündnis 90/Die Grünen, Brautstr. 34, 16225 Eberswalde (03334/384074, Mail: kv.barnim@gruene.de).

Die Preisträger 2003 waren der Förderverein Naturparkbahnhof Melchow e.V., das Projekt Erneuerbare Energien der Goethe Realschule und des Lizeums Gryfino sowie die AG Naturwissenschaften des Freien Gymnasiums Zerpnick. Der Welt-Umwelttag wird auf Initiative der Vereinten Nationen jährlich am 5. Juni gefeiert, dem Eröffnungstag der ersten Weltumweltkonferenz 1972 in Stockholm. Er erinnert uns an unsere Verantwortung für die Umwelt und soll zeigen, daß eine intakte Umwelt Lebensqualität bedeutet, für die es lohnt, sich einzusetzen.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Luftreinhalteung contra Pflanzenwachstum?

Braunschweig (bbp). In Nordeuropa ist Schwefelmangel inzwischen die häufigste Ernährungsstörung von Kulturpflanzen. Das haben nach einem Bericht der Bauernzeitung Wissenschaftler der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig herausgefunden. Als Ursachen benennen die Wissenschaftler die vor 25 Jahren begonnene Einführung von Rauchgasentschwefelungsanlagen in Kraftwerken und schwefelarme Treibstoffe. Der Eintrag von Schwefel aus der Atmosphäre in die Böden sank von stellenweise über 100 kg Schwefel pro Hektar Ende der 70er Jahre auf heute meist weniger als 10 kg. Folgen hat das beispielsweise beim Raps, der auf Schwefelmangel mit weißen, kleineren Blütenblättern reagiert. Da dieser weißblühende Raps weniger nach Nektar duftet, werden diese Felder weniger von Bienen besucht, was den Ertrag sinken läßt.

Tag der Erneuerbaren Energien

Der Tag der Erneuerbaren Energien wurde im »Jahr der Technik« am 17.04.04 mit großer Beteiligung interessierter Bürger durchgeführt und kann für die Initiatoren BARUM 111, Energiesparkontor Barnim e.V., Bündnis 90/Die Grünen Barnim und DVS als voller Erfolg gewertet werden.

Die im Programm vorgesehenen Besichtigungsobjekte der Firmen Dörner und Partner, REpower, UFE-Solar und der Fachhochschule gaben einen kleinen Einblick über die Anwendung der regenerativen Energien Windkraft, Sonnenstrahlung und Biomasse als vernünftige zukunfts-trächtige Alternative zur Nutzung fossiler Brennstoffe und Atomkraft.

Werksbesichtigung in Trampe

Im Trammer Werk von REpower Systems AG konnte die Fertigungshalle für die Herstellung der Maschinenhäuser besichtigt werden. Vier Mitarbeiter standen den 35 Besuchern für technische Fragen, aber auch für weitere Fragen jeglicher Art zur Verfügung. Diese reichten von Kosten für eine Windenergieanlage (WEA) bis zu den »Subventionen für Windparks«, von Ausbildungsplätzen bei REpower bis zu Fragen zu aktuellen Windpark-Projekten hier in der Region. Mit Führungen in kleinen Gruppen wurden die Stationen für die Fertigung erklärt. Das angebotene Info- und Werbematerial nahmen Groß und Klein dankend an.

Windkraftanlage Lichterfelde

Der Andrang bei der Besichtigung der REpower-Windkraftanlage in Lichterfelde war wieder enorm. Die ersten Besucher kamen bereits vor 10 Uhr. Lippis Bistro war mit Erbsensuppe, Bockwurst, Kaffee und weiteren Getränken vor Ort. Bis zum Mittag herrschte ein großer Andrang an der Anlage, daß der Betreiber einer weiteren Anlage vor Ort diese ebenfalls öffnete, um die Gäste zu halten, die Wartezeiten von anderthalb Stunden und mehr in Kauf nehmen mußten. Nebenbei konnte man die Höhenretter der Berliner Feuerwehr beob-

achten, die an der REpower-Anlage eine Abseilübung trainierten. Erst gegen 17 Uhr verließen dann die letzten mutigen Kletterer die WEA. Bis dahin hatten fast 100 Leute die Aussicht aus 85 Metern Höhe genossen. Weitere 25 bis 30 Interessierte wollten dann doch nicht so lange auf den Aufstieg warten. Somit erwies sich die Windkraftanlage auch 2004 als Publikumsmagnet. Rund 20 Mitarbeiter von REpower waren an der WEA präsent und standen Rede und Antwort.

Solaranlagen bei UFE-Solar

Bei UFE-Solar Eberswalde konnten Solaranlagen für Warmwassererzeugung mit Heizungsunterstützung und Stromerzeugung besichtigt werden. Interessierten Hausbesitzern wurden Angebote für Nutzung dieser Technik für ihre Häuser unterbreitet

Biomassenutzung an der FH

Auf dem Campus Möllerstraße der Fachhochschule Eberswalde wurde die Holzhackschnitzelheizanlage besichtigt und deren Arbeitsweise erläutert. Moderne Holzheizkessel für die Beheizung von Einfamilienhäusern sind eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternative zu Öl- oder Gasheizungen.

Energiesparende Bauweise

In der Potsdamer Allee 4 konnte ein Wohnhaus der WHG besichtigt werden, das unter der Regie des Projektbüros Dörner und Partner in energiesparender Bauweise mit kontrollierter Wohnraumlüftung saniert wurde. Hier wird etwa zwei Drittel weniger Heizenergie als sonst üblich verbraucht, was den Geldbeutel der Mieter erheblich entlastet

Insgesamt wurden ca. 190 Teilnehmer gezählt. Im nächsten Jahr soll es zum Tag der erneuerbaren Energien neue interessante Objekte zu sehen und weitere Informationen zur Umsetzung der Initiative BARUM 111 zu hören geben.

KURT HILKER

Lebensräume in den „Höllern“

Der Bund zum Schutz der Interessen der Jugend e.V. (BSIJ) engagierte sich das fünfte Jahr in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Mitte in Eberswalde für den Schutz des Naherholungsgebietes Höllen. Vom 27. bis 29. April beteiligten sich zwölf Schülerinnen und Schüler der siebten und achten Klassen aktiv an der Entrümpelung des 65 Hektar umfassenden Gebietes zwischen der Angermünder Straße und dem Finowkanal. Sie pflegten die bereits in den Vorjahren angelegten Benjeshecken und die Trockenrasenflächen, um zum einen den verschiedensten Arten Rückzugsmöglichkeiten in die ökologischen Nischen zu gewährleisten und zum anderen um für die vor dem Aussterben bedrohten Tiere ein für sie notwendiges Biotop zu erhalten. Desweiteren

sorgten die Teilnehmer durch das Säubern der dort fließenden Bäche für die Wiederherstellung des Selbstreinigungsprozesses der Gewässer. Auch in diesem Jahr wurden ca. 30 große Säcke mit Abfällen jeglicher Art, die für Wild eine Gefahr darstellen und das ästhetische Ambiente zerstören, von den Schülerinnen und Schülern gefüllt und durch die tatkräftige Unterstützung des städtischen Baubetriebes abgefahren. Für das leibliche Wohl während des Zeitraums sorgten der Kreis und die Stadt Eberswalde. Wir möchten uns mit diesem Artikel bei allen Beteiligten für die zahlreichen Unterstützungen und das Engagement bezüglich des Umweltschutzes in den Höllen herzlich bedanken.

BSIJ e.V.

Doctor satiricus bei Enkelmann

»Erst der Po, dann die Pfofen – anders herum ist es verboten!« Ganz so falsch waren die Sprüche wohl nicht, die Mathias Wedel in seiner Zeit als Wochenkrippenkind in der DDR gelernt hatte. Mit pointiert vorgetragenen Erinnerungen und Textstellen aus seinen Büchern fand er schnell das Ohr der Gäste bei Dagmar Enkelmanns jüngster Gesprächsrunde »Offene Worte«. Kein Wunder, Wedel hat sein Handwerk von der Pike auf gelernt und über Satire sogar promoviert.

Die DDR-Oberen wollten nämlich seinerzeit von ihm eine wissenschaftliche Begründung, warum Satire kein »Feindeswerk« ist. Und erlebten mit ihm eine Pleite. Beispielsweise hatte er diese Kabarett-Passage zu begutachten: Beim Renovieren entdecken zwei DDR-Arbeiter noch ein Honecker-Bild an der Wand. »Sollen wir das abnehmen? – Nee, es ist besser, wir lassen ihn hängen.« Wedels »Rat« an das Kabarett: »Kann so bleiben. Natürlich müssen wir ihn hängen lassen!« Politbüromitglied Hager, der sich extra diesen Textmitschnitt vorspielen ließ, tobte, sah davon die Existenz der DDR bedroht.

Satire, so Wedel, habe in der DDR wunderbar von dem gelebt, was nicht ausgesprochen wurde. Der fehlende Zwischentext, das war der Witz. Und durchaus sehr wirkungsvoll. Miß-

stände im Betrieb, vom Arbeiterkabarett angesprochen, brachten manchen Parteisekretär oder staatlichen Leiter zum Laufen.

Heute dagegen hört Kritik am Werk auf. Auch Zwischentexte sind nicht mehr gefragt. Wo früher die Funktionäre herrschten, haben heute die Bürokraten das Sagen. Sie bestimmen nicht nur von Brüssel aus, »wie viel Zentimeter in der Stunde sich die Scheiße in der Kanalisation fortbewegen muß bzw. darf, um wahrhaft eine europäische genannt werden zu dürfen«. Im Falle von Wedel hat es bereits zweimal ein Auftrittsverbot durch den Oberbürgermeister von Erfurt gegeben. Als wäre das nicht die beste Werbung!

Gleich zwei »Enthüllungen« gab es am Ende der Offenen Worte. Zum einen wird bei der Volkssolidarität in Bernau die Gründung eines Kabarett vorbereitet. Wedel, wohnhaft in Altenhof, »will da nicht bloß mal gucken kommen, sondern auch mal einen Text verschicken«. Zum zweiten dankte Dagmar Enkelmann Wedel für seinen fachmännischen Rat bei ihrem gerade erschienenen Buch »Mein Brandenburg«.

Übrigens, Mathias Wedel war der 46. Gast bei den »Offenen Worten«. Es wird langsam spannend, wer der 50. wird.

Dr. MANFRED KLAUS

»Betonkopf«-Preisverleihung

Der ABB e. V. vergab erstmals in diesem Jahr den »Betonkopf« (www.betonkopf-brandenburg.de) als Preis für eine gelungene Diskriminierung behinderter Menschen im Land Brandenburg. Er geht zu gleichen Teilen an die Stadt Ketzin und das Bauordnungsamt des Landkreises Havelland für Errichtung eines Gemeindezentrums in Falkenrehde. Der stellvertretende ABB-Vorsitzende Karl-Heinz Lehmann würdigte anlässlich der Titelverleihung am 5. Mai in seiner Laudatio die herausragenden Leistungen der »glücklichen« Gewinner. Öffentliche Gebäude gebe es im Land Brandenburg viele. Die Zahl neu errichteter öffentlicher Gebäude, die entgegen aller Rechtsvorschriften keinen barrierefreien Zugang haben, ist auch nicht eben klein zu nennen.

»Was hebt das Gemeindezentrum Falkenrehde aus dem Kreis der Mitbewerber hervor? Zunächst, daß es sich um ein Gemeindezentrum handelt. Üblicherweise sollen solche Zentren gerade im ländlichen Raum den Mittelpunkt des Gemeinwesens darstellen und kulturellen wie sozialen Angeboten und Aktivitäten eine Heimstadt sein. Gemeindefaal, Bibliothek, Seniorenklub – all dies vereint das Gemeindezentrum Falkenrehde unter einem Dach. Mobilitätsbehinderte Bürger bleiben jedoch ausgeschlossen, ein barrierefreier Zugang existiert nicht.«

Der Bauherr, die Stadt Ketzin, ist gehalten, für gleichwertige Lebensbedingungen von

Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen – so sagt es zumindest Artikel 12 Abs. 4 der Brandenburgischen Landesverfassung. »Dieser Verpflichtung hat sie sich in beispielhafter Weise entzogen. Dies obwohl aus der Gemeinde bereits vor Vollendung des Bauwerkes auf die fehlende Barrierefreiheit hingewiesen und um Abhilfe gebeten wurde.«

All dies wäre letztlich nicht ohne die Mitwirkung des zuständigen Bauordnungsamtes möglich gewesen. »In selbstloser Mißachtung geltenden Bauordnungsrechtes hat dieses Amt durch die Erteilung der Baugenehmigung die Errichtung des Gemeindezentrum ohne barrierefreien Zugang genehmigt. Nun ist es da – das Gemeindezentrum Falkenrehde. Es ist ein Schmuckstück mit Makeln und gleichzeitig Stein gewordenes Beispiel für die Ausgrenzung behinderter Menschen.«

Leider waren die Preisträger nicht anwesend, um den »Betonkopf« als Lohn ihrer Mühen in Empfang zu nehmen. ABB

Zukunft ökologisch gestalten

Wie werde ich professioneller Umweltschützer? Was ist ein Mechatroniker? Gibt es überhaupt Berufsperspektiven im Umweltschutz? In einem Seminar für Jugendliche vom 4. - 6. Juni stellt die BUNDjugend u.a. das Freiwillige Ökologische Jahr, Studiengänge und exotische Berufe im Umweltschutz vor. Weitere Themen sind Ansätze, wie Gruppen und Gesellschaften sich ökologisch organisieren können und Einsatzfelder der Umweltpsychologie. Abgerundet wird das Seminar durch einen Besuch einer alternativen Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

BUNDjugend Brandenburg (0331/9511971, www.bundjugend-brandenburg.de)

Pfingsten Am Breten



Erst am ersten Mai im Kesselhaus war der Wettbewerb um den besten Berlinsong. Sowohl das Publikum, als auch die Jury waren der Meinung: Das Lied »Berlin« von DI GRINE KUZINE ist das beste. Am 30. Mai sind sie nun Gast in Altenhof am Werbellinsee.

Anlässlich des 11. Pfingstkonzertes des altenhofer kulturkreises e.V. im Rahmen des Promenadenfestes spielen sie ab 16 Uhr auf dem Gelände des Bootsverleihs »Am Breten«. Um 10 Uhr eröffnet eine Ausstellung mit Textilwerken von Maringa Hölzel und ab 12 Uhr gibt es den nun schon traditionellen selbst gekochten Kesselgulasch. Eintritt: 5 Euro

DI GRINE KUZINE kommt aus Berlin, doch ihre Musik kommt aus dem wilden Herzen Europas. In ihrem unverwechselbaren Sound verbindet die Band Themen osteuropäischer Lieder und Volksmusik mit Elementen des modernen urbanen Entertainmentes: Pop, Ska, TexMex, Latingrooves und Re-Importe aus der Klassik. Die kompakten Arrangements sind voller Energie und sehr tanzbar, die Stimme von Alexandra Dimitroff ist unverwechselbar intensiv und zu Herzen gehend. »So klingt der Salsa des Ostens« (Göttinger Tageblatt 5/01)

Live zeichnet sich DI GRINE KUZINE durch eine herzerquickende Frische aus. Der Charme der Musiker und ihre große Spielfreude verbinden sich mit einer starken Bühnenpräsenz. Ihre quirlige Rhythmik wird beseelt von einer großen Hingabe: Sie lieben, was sie tun. Diese Liebe hat ihnen ein generations-übergreifendes Publikum eingetragen. »If europe has soul, this is it.« (The Prague Pill 5/02)

Di Grine Kuzine formierte sich als professionelle Band 1998 in Berlin. Mit ihren zahlreichen Konzerten erspielten sich die fünf Musiker in den letzten Jahren einen festen Platz in der europäischen Klezmer und Weltmusikszene. Die Gruppe gastierte mit großen Erfolg nicht nur auf Festivals und in den Clubs in ganz Deutschland, sondern auch in Frankreich, Italien, Polen, Slowenien, Tschechien, Österreich, Ukraine, Bosnien, Kroatien, Ungarn, Luxemburg und der Schweiz. Im Herbst 2000 gewannen sie den Weltmusikpreis »Musica Vitale« Berlin / Brandenburg, sowie im Sommer 2002 auf dem TFF Rudolstadt den »Deutschen Folkpreis«.

altenhofer kulturkreis e.V.

Bürgerfest in Angermünde

Fest der beiden Bürgerbündnisse Prenzlau und Angermünde

Die Vorbereitungen auf die erste gemeinsame Aktion der beiden Bürgerbündnisse (TOP und Angermünder Bürger-Bündnis) liegen in den letzten Zügen. Für das Rahmenprogramm gehen immer wieder neue Ideen ein. So wird es neben Live Musik auch Tanz und andere Darbietungen geben.

Auf der Bühne zu erleben sind Künstler aus der Region (Prenzlau, Angermünde, Templin, Schwedt, Eberswalde) und als Leckerbissen die international bekannte und ausgezeichnete Band DIKANDA aus Szczecin, die am 1. Mai einen umjubelten und gefeierten Auftritt in Eberswalde hatte. Weiterhin treten auf: die Samba Trommelgruppe Pasewalk, die Kinder-tanzgruppe des afrikanischen Kulturvereins Palanka aus Eberswalde, zwei Bands des evan-

gelischen Jugendhauses Prenzlau, »Poussage« aus Biesenthal, der Verein Uckermark rockt, Flamenco-Tanzgruppen aus Prenzlau und Eberswalde (Tierra Flamante) Line und Squaredance Little boots sowie die Chöre der Grabowsschule Prenzlau und des Samariterbundes Prenzlau. Neben dem Bühnenprogramm wird es ein Fußballturnier geben.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet der Markt der Möglichkeiten, bei dem sich die Initiativen, Vereine, Verbände und Gruppierungen der Region präsentieren und auch miteinander bekannt machen sollen. Eingebettet in diesen Markt werden verschiedenste Mitmachangebote.

ANDREAS SULT,
DGB Region Uckermark/Barnim

Das NATURSPUR-Sommerlager in der Uckermark

Die NATURSPUR-Initiative ruft auf zum zweiwöchigen Ferienspaß in den Sommerferien. Vom 24. Juli bis 7. August 2004 können sich 25 Kinder zwischen 10 und 12 Jahren auf spannende Abenteuer einlassen. Auf dem uralten Gelände einer alten Schlossgärtnerei in Gerswalde werden wir uns mit Gruppenzelten und unserem Koch- und Esslager ausbreiten. Die 5 BetreuerInnen freuen sich darauf, interessierte Kinder mit den Faszinationen der Natur begeistern zu können.

Mit eigenen Rädern, zu Fuß und mit allen Sinnen werden wir diese erkunden. Wer mehr über das Sommerlager wissen oder sich gleich anmelden möchte, der kann dies tun unter www.naturspur.org oder bei Beate Gollnast 04131-245225 (info@naturspur.org).



Pfingsten in der Mühle

Vernissage, Mühlemeisterschaft und Mühlenmärchentag

Unter dem Titel »POSTUM« wird am Samstag, dem 29. Mai, die 62. Ausstellung in der Zainhammermühle eröffnet. Gewidmet ist die Ausstellung den verstorbenen Eberswalder Malern und ehemaligen Mitgliedern des Kunstvereins »Die Mühle e.V.« Siegfried Kersten und Heinz Wegener. Kersten wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden.

Die produktivste Schaffensperiode hatten beide Künstler in den 60er Jahren. In dieser Zeit entstanden vor allem Bilder, die unverkennbar vom Realismus der DDR-Malerei geprägt waren. Die Bilder zeugen vom Leben in Eberswalde zu dieser Zeit: Stadtansichten, entstehende Wohngebiete, Menschen im Berufsleben und in ihrer Freizeit.

Die Vernissage findet am Samstag, dem 29. Mai um 14.30 Uhr statt. Die Ausstellung kann vom 29. Mai – 20. Juni 2004 jeweils an den Sonnabenden und Sonntagen besucht werden, geöffnet ist von 14.30 bis 18 Uhr. Für den Pfingstsonntag haben Vereinsmitglieder eine Mühle-Meisterschaft vorbereitet. Gesucht wird der beste Mühlespieler der Stadt, dem Sieger winkt der Mühlenpokal. Gespielt werden soll an vier großen Spieltischen mit handtellergroßen Mühlsteinen. Jeder, der Spaß am Spiel hat, ist eingeladen, sich der Herausforderung zu stellen. Spielbeginn ist 14.30 Uhr.

Der Pfingstmontag ist den Kindern vorbehalten. Von 14.30 bis 18 Uhr werden im alten Mühlengemäuer stündlich Märchen von Mühlen und Müllern vorgelesen. Kinder können sich märchenhaft verkleiden, in die Rollen von Prinzessinnen und Prinzen schlüpfen, glitzernde Kronen und eigene Holzschwerter bauen und ihrer Phantasie mit Papier und Farbe freien Lauf lassen.

ELLEN BEHRING, *Vereinsvorsitzende*

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: PS-Verlag - (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 22. Mai 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.6.2004, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)